

## 5. DIE VERÖFFENTLICHTE MEINUNG IN DER TÜRKISCHEN PRESSE (Dezember 1997 – Dezember 1999)

In der vorliegenden Arbeit werden die in den türkischen Presseberichten veröffentlichten Meinungen politischer Akteure zur Beitrittskandidatur der Türkei und zu den EU-Türkei Beziehungen erfasst. Anschließend werden aus den verschiedenen Meinungen Ablehnungsgründe und Kritikpunkte abgeleitet, deren Realitätsgehalt hinterfragt wird. Diese Art der Untersuchung wurde in den bislang erschienenen und anfangs erwähnten wissenschaftlichen Arbeiten, deren Schwerpunkt vielmehr in der Wiedergabe des öffentlichen Diskurses über die Türkei in den Printmedien liegt, nicht durchgeführt. Eine weitere Eigenschaft dieser Arbeit stellen die Wesensmerkmale des Untersuchungszeitraums zwischen Mitte Dezember 1997 (Europäischer Rat von Luxemburg) bis Mitte Dezember 1999 (Europäischer Rat von Kopenhagen) dar, die entscheidenden Einfluss auf die bilateralen Beziehungen genommen haben. Diese sind:

1. 1997 lehnt die Europäische Union es ab, die Türkei in den Kreis der Beitrittskandidaten aufzunehmen.
2. Der politische Dialog zwischen der Türkei und der Europäischen Union wird seitens der Türkei eingefroren.
3. In diesem zweijährigen Untersuchungszeitraum werden sowohl unterschiedliche Meinungen zur Ablehnung der Türkei als Beitrittskandidat als auch zur weiteren Entwicklung der EU-Türkei Beziehungen veröffentlicht.
4. 1999 wird die Türkei, nach einer Revision der Entscheidung des Europäischen Rates auf dem Luxemburg-Gipfel, zum offiziellen Beitrittskandidaten der EU ernannt.

Die *Arbeitshypothese* ist, dass aus der veröffentlichten Meinung die Hauptursachen für eine Ablehnung der Türkei erkennbar sind. Demzufolge gilt es diese, durch einen Vergleich mit der türkischen Realität und den vorhandenen Rahmenbedingungen zu belegen oder zu entkräften. Dadurch wird ebenfalls versucht, eine Antwort auf die Berechtigung der EU-Entscheidungen aus dem Jahr 1997 zu finden, ohne explizit auf den internen EU-Entscheidungsprozess einzugehen. Die vorliegende Arbeit konzentriert sich auf bestimmte Themenkomplexe, wodurch explizit Bezug auf die Bei-

trittskandidatur der Türkei, eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei und die EU-Türkei Beziehungen genommen wird. In einer *zweidimensional* durchgeführten Untersuchung werden im *ersten Schritt* wesentliche Inhalte der veröffentlichten Meinung erfasst, um die darin meistgenannten Themen sowie Ablehnungsgründe für eine mögliche EU-Beitrittskandidatur und -Vollmitgliedschaft herauszuarbeiten. In einem *zweiten Schritt* werden diese Themen mit Hilfe von Gesetzes- und Verfassungstexten, internationalen Verträgen, öffentlich zugänglichen Regierungsdokumenten, Protokollen, Presseerklärungen sowie zu diesen Themen vorhandener wissenschaftlicher Literatur verglichen und interpretiert. Parallel dazu gilt es, die aus dem Zusammenhang mit der veröffentlichten Meinung entstandenen neuen politischen Aufgaben für die Türkei auf ihre Umsetzung hin zu überprüfen.

## 5.1 Untersuchungsmethode

Zur Beantwortung der im Rahmen des Analyseziels dieser Arbeit formulierten Fragen mussten inhaltliche Merkmale der türkischen Presseberichterstattung quantitativ wie qualitativ untersucht werden. Zur Erfassung der veröffentlichten Meinung bedurfte es einer systematischen Methode, wofür die Inhaltsanalyse als geeignete empirische Methode ausgewählt wurde.

*„Die Inhaltsanalyse ist eine empirische Methode zur systematischen und intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen“<sup>185</sup>.*

Aufgrund der Masse an Zeitungsartikeln im Untersuchungszeitraum musste eine ausgewogene Verteilung auf den gesamten Untersuchungszeitraum sichergestellt und eine redundante Mehrfacherfassung der Inhalte ausgeschlossen werden. Daher wurde die inhaltliche Erfassung der Zeitungsartikel anhand eines tagesbezogenen Stichprobenverfahrens durchgeführt. Die Zeitungsartikel wurden beginnend vom Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Luxemburg am 12. Dezember 1997 in einer sich um jeweils einen Tag verschiebenden „*roulierenden Woche*“ erfasst (d.h. 1. Woche: Montag, 2. Woche: Dienstag, 3. Woche: Mittwoch usw.), um systematische Verzerrungen auszuschließen. Zur Gewährleistung, dass dadurch zeitliche Passagen und wichtige

---

<sup>185</sup> Vgl. FRÜH, W. (1981): Inhaltsanalyse – Theorie und Praxis, München, S. 23.

politische Ereignisse (z.B. Parlamentssitzungen, Gipfeltreffen Europäischer Rat, Treffen Assoziationsrat Türkei-EU) im Untersuchungszeitraum nicht ausgeklammert werden, wurde grundsätzlich der jeweils vorherige bzw. nachherige Wochentag in die Untersuchung mit hinzugezogen (d.h. Montag, *Dienstag*, Mittwoch). Grund hierfür war, dass sich die Zeitungen in ihrer Berichterstattung grundsätzlich auf diese Ereignisse konzentrieren und über diese sowohl vor als auch nach dem Zeitpunkt des Geschehens Meldungen veröffentlichen. Durch eine derartig flexible Vorgehensweise bei der Erfassung konnte sichergestellt werden, dass diese mit berücksichtigt wurden. Ebenso konnte durch diese Vorgehensweise eine repräsentative Anzahl an Zeitungsartikeln über den gesamten Untersuchungszeitraum erfasst werden.

Die Anzahl der zu erfassenden Artikel pro Untersuchungstag bzw. -tage wurde mit *zehn Artikeln* limitiert. Eine solche Obergrenze für die zu erfassenden Artikel vermied zum einen überflüssige Mehrfacherfassung und stellte eine gleichmäßige Verteilung der Zeitungsartikel auf den gesamten Untersuchungszeitraum sicher.

Zur Erfassung der Zeitungsartikel wurden *formale* und *inhaltliche* Kategorien festgelegt, die eine umfassende Wiedergabe der Inhalte und Analyse der Zeitungsartikel sicherstellten. Jedem dieser Kategorien sind Codes zugewiesen (z.B. Demokratie in der Türkei = 117, Menschenrechte in der Türkei = 122), anhand derer die Codierung der Inhalte der veröffentlichten Meinungen durchgeführt wurde.

Im Ergebnis wurde durch die Inhaltsanalyse eine Gesamtübersicht über die Inhalte der veröffentlichten Meinung erstellt. Anschließend wurden hieraus, die ***drei am häufigsten genannten Themen***<sup>186</sup> ausgesucht, die im Gesamtkontext für eine türkische Beitrittskandidatur sowie mögliche EU-Vollmitgliedschaft am wichtigsten erschienen. In der darauf folgenden detaillierten Analyse wurden die Inhalte dieser drei Themen dahingehend überprüft, ob sie die wirklichen Umstände in der Türkei widerspiegeln. Für diesen Vergleich wurden öffentlich zugängliche Regierungsdokumente, Gesetzestexte, offizielle Berichte und Protokolle sowie zu diesen Themen vorhandene

---

<sup>186</sup> Aufgrund der häufigen Nennung und ihrer Relevanz in den EU-Türkei Beziehungen sowohl im Untersuchungszeitraum als auch zum heutigen Zeitpunkt werden anschließend die Themen „*Beziehungen der Türkei zu Griechenland*“ (inkl. der EU-Beitrittsverhandlungen mit Süd-Zypern), „*Demokratie*“ und „*Menschenrechte*“ näher untersucht.

wissenschaftliche Literatur herangezogen, anhand derer die Untersuchungsergebnisse interpretiert wurden.

## 5.2 Untersuchungsinhalte und Erfassungsbogen

### 5.2.1 Kategorien zur Erscheinungsform und Tendenz der Zeitungsartikel

Die festgelegten „*formalen*“ Kategorien gaben in erster Linie die Struktur der Zeitungsartikel wider, so dass ein aufschlussreicher Überblick über die Verteilung der Artikel auf einzelne Zeitungen, die Erscheinungsform, die Tendenz und die politischen Akteure der veröffentlichten Meinung geschaffen wurde. In diesem Zusammenhang wurden als Kategorien Zeitung, Art des Artikels, Tendenz des Artikels und politischer Akteur bestimmt.

#### 1. Zeitung

Welche Zeitung aus der die veröffentlichte Meinung erfasst wurde (Name der Zeitung, politische Ausprägung der Zeitung, z.B. konservativ, liberal usw.) spielt mit Ausnahme des Erscheinungsdatums in der vorliegenden Arbeit eine eher untergeordnete Rolle. Eine Kategorisierung nach Zeitungen wurde dennoch durchgeführt, dient allerdings lediglich dem Zweck, eine Übersicht über die Vielfalt zu bekommen. Die Unterteilung der Zeitungen wurde anhand der Auflagenzahlen<sup>187</sup> durchgeführt und umfasst vier Kategorien:

1.	<b>Hürriyet</b>	Auflage: ca. 78.100
2.	<b>Sabah</b>	Auflage: ca. 57.700
3.	<b>Milliyet</b>	Auflage: ca. 36.400
4.	<b>Sonstige</b>	

---

<sup>187</sup> Vgl. Tagesauflagen türkischer Zeitungen (August 2004), entnommen aus: <http://www.turkgazeteleri.com> und <http://www.turkish-media.com>, (20.08.2004).

## 2. Art des Artikels

Ebenso zur Schaffung einer Übersicht wurde bei Erfassung der thematischen Inhalte auch die journalistische Stilform<sup>188</sup> der Zeitungsartikel erfasst. Nach einer ersten Durchsicht der Zeitungsartikel wurden hierfür fünf unterschiedliche Kategorien nach Darstellungsformen festgelegt.

1.	<b>Meldung</b>	Kurze, knappe Nachrichten in unpersönlichem Stil
2.	<b>Kolumne</b>	Bewertung von Fakten und Meinungen inkl. der Meinung des Verfassers
3.	<b>Glosse/Bericht</b>	Erweiterte Form der Nachrichtendarstellung mit historischen Zusatzinformationen und Ereignisbericht
4.	<b>Reportage</b>	Tatsachenbetonter, aber persönlich gefärbter Erlebnisbericht
5.	<b>Interview</b>	Dialog zwischen Journalist und Befragtem

## 3. Tendenz des Artikels

Zur Erfassung der Tendenzen der untersuchten Zeitungsartikel wurden vier unterschiedliche Kategorien festgelegt. Im Vordergrund stand hierbei, ein Bild über die Bewertung der EU-Türkei Beziehungen, der türkischen Beitrittskandidatur und einer möglichen EU-Vollmitgliedschaft der Türkei zu bekommen.

1.	<b>positiv</b>	Für eine Beitrittskandidatur oder Vollmitgliedschaft der Türkei wird plädiert/Beziehungen werden positiv eingeschätzt.
2.	<b>negativ</b>	Gegen eine Beitrittskandidatur oder Vollmitgliedschaft der Türkei wird plädiert/Beziehungen werden negativ eingeschätzt.
3.	<b>neutral</b>	Wenn – Dann Kausalität ist gegeben/Beziehungen unbeeinflusst – Stillstand in den Beziehungen.
4.	<b>nicht erkennbar/identifizierbar</b>	Weder eine Befürwortung noch eine Ablehnung ist erkennbar.

## 4. Politische Akteure

Zur Zuordnung der Inhalte der veröffentlichten Meinung zu verantwortlichen der Aussagen wurden Akteure (Aussageträger) definiert. Im Rahmen dieser Kategorie der Akteure wurden Politiker, Regierungsorgane, Staaten, Institutionen und Organisationen berücksichtigt. Dadurch konnte sichergestellt werden, dass in der anschließenden Analyse der Untersuchungsergebnisse eine Verbindung des Artikelinhalts und der

---

<sup>188</sup> Die festgelegten Kategorien orientieren sich an GÜR, G. (1998): a. a. O., S. 38f.; Eine Ausnahme bildet die Definition des Berichts, welcher in dieser Arbeit als ein Ereignisbericht bzw. Dokumentation inkl. einer Historie der Beziehungen verstanden und erfasst wird.

Tendenz des Artikels zu den jeweiligen Akteuren hergestellt werden konnte. Bei der Erfassung wurde zwischen aktivem Akteur (Aussage- und Meinungsträger – Wer?) und passivem Akteur (Adressat – über Wen oder Was?) unterschieden. Dazu wurden die Akteure in sechs verschiedene Kategorien unterteilt<sup>189</sup>:

1.	Türkische Akteure
2.	Europäische Akteure
3.	Länder
4.	Internationale Organisationen
5.	Wirtschaftsorganisationen
6.	Sonstige

Die Anzahl der zu erfassenden aktiven sowie passiven Akteure wurde je Zeitungsartikel mit *drei* begrenzt, da sich dies als ausreichend erwiesen hat (der Inhalt des Zeitungsartikels konnte in den meisten Fällen dem erfassten ersten aktiven Akteur zugewiesen werden).

Anzumerken ist, dass bei der Ergebnisdarstellung die Zuordnung der Inhalte nach einzelnen Akteuren nicht auf Basis von Stelleninhabern oder Namen, beispielsweise „*Europäischer Ministerpräsident*“ oder „*Tony Blair vertritt die Meinung: Die Türkei ist ein europäisches Land.*“, erfolgt. Bei der Erfassung und Codierung wurde daher durch eine zusätzliche Ziffer lediglich der Inhalt als von einem *türkischen* oder *europäischen/anderen* Akteur (Aussageträger) klassifiziert. Unabhängig des erfassten Akteurs wurde daher bei der Analyse der Untersuchungsergebnisse die Verteilung der veröffentlichten Meinung prozentual auf diese beiden Arten von Aussageträgern (europäisch oder türkisch) reduziert. Vielmehr werden im Rahmen der Ergebnisanalyse an erforderlichen Stellen einzelne Akteure in Form von Zitaten wiedergegeben.

### 5.2.2 Inhaltliche Kategorien

Im ersten Schritt wurden die veröffentlichten Meinungen nach ihren Inhalten, unter Berücksichtigung ihres expliziten Bezuges auf die türkische Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft sowie die EU-Türkei Beziehungen, in *fünf* unterschiedliche **Themengruppen** aufgeteilt. In einem zweiten Schritt wurden diesen Themengruppen

---

<sup>189</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 1-12 im Anhang.

35 verschiedene *Topics* zugeordnet. Diese Themengruppen und Topics wurden größtenteils in Anlehnung an die Kopenhagener Kriterien und an die Fortschrittsberichte der Europäischen Kommission zusammengestellt.

Diese 35 verschiedenen Topics beinhalten darüber hinaus insgesamt weitere *151 Unterkategorien*, die in Anlehnung an das Untersuchungsmaterial (Zeitungsartikel) gebildet wurden und eben die verschiedenen veröffentlichten Meinungen und Aussagen wiedergeben. Bei Durchsicht der Zeitungsartikel wurde die Liste der zu erfassenden Themen nach Bedarf jeweils sukzessive erweitert.

## 1. Themengruppe: Politische Topics

Diese Themengruppe beinhaltet in erster Linie die veröffentlichte Meinung zu den politischen Kopenhagener Kriterien, die seitens der Türkei zu erfüllen sind. Darüber hinaus fallen unter diese Themengruppe der politische Reformprozess in der Türkei sowie weitere vorhandene positive wie negative politische Rahmenbedingungen.

<b>1.1</b>	<b>PKK/Kurdenproblematik</b>
1.1.1	Problematik <i>ungelöst</i> .
1.1.2	Problematik <i>gelöst</i> .
1.1.3	Verhandlungen mit der PKK sollen geführt werden.
1.1.4	Mehr Autonomie für die Kurden.
1.1.5	EU unterstützt die PKK (z.B. Griechenland, Italien, Deutschland).
1.1.6	Terrorbekämpfung/PKK als Terrororganisation.
1.1.7	Politische Lösung für die Kurden wird gefordert.
1.1.8	Verhaftung/Verurteilung/Verhandlung von <i>A. Öcalan</i> .
1.1.9	Europa-Konferenz für Kurdenproblem soll durchgeführt werden.
<b>1.2</b>	<b>Beziehungen zu Griechenland</b>
1.2.1	Ägäisfrage
1.2.2	Zypernkonflikt
1.2.2.1	<i>Muss gemeinsam mit der UNO geklärt werden.</i>
1.2.2.2	<i>Klärung ist eine Vorbedingung für die Aufnahme der Türkei.</i>
1.2.3	Internationaler Gerichtshof muss Probleme beider Staaten klären.
1.2.4	<i>Griechenland</i> muss sich um eine Verbesserung der Beziehungen bemühen.
1.2.5	<i>Türkei</i> muss sich um eine Verbesserung der Beziehungen bemühen.
1.2.6	Probleme mit Griechenland müssen im Dialog geklärt werden.
<b>1.3</b>	<b>Kopenhagener Kriterien</b>
1.3.1	Türkei hat sie <i>erfüllt</i> .
1.3.2	Türkei hat sie <i>nicht erfüllt</i> .
<b>1.4</b>	<b>Demokratie in der Türkei</b>
1.4.1	Demokratie ist nicht ausreichend entwickelt.
1.4.2	Es ist kein unabhängiges Rechtssystem vorhanden/Änderung des Rechtssystems notwendig („Türkei muss Rechtsstaat werden“).
1.4.3	Türkei wird das europäische Rechtssystem nicht übernehmen können.
1.4.4	Türkei passt nicht in die europäische Wertegemeinschaft/Türkei hat keine europäischen Standards bzw. muss Werte des Westens übernehmen.
1.4.5	Fortschritte in den Demokratiestandards sind zu verzeichnen/Verbesserung wurden durchgeführt.
1.4.6	Türkei ist ein demokratischer und laizistischer Rechtsstaat/Türkei hat ein funktionierendes und unabhängiges Rechtssystem.
1.4.7	Mafia-Staat-Beziehungen/Organisiertes Verbrechen sind vorhanden.

- Fortsetzung Themengruppe 1 -

1.4.8	Politisches System in der Türkei ist schwach/Instabile Innenpolitik.
1.4.9	Soziale Reformen müssen durchgeführt werden (z. B. Versicherungssystem, Arbeitnehmerrechte, Stärkung von zivilen Organisationen).
1.5	<b>Menschenrechte</b>
1.5.1	Defizite vorhanden/nicht ausreichend entwickelt/keine Fortschritte in Menschenrechtsfragen.
1.5.2	Keine Freiheiten in der Ausübung der eigenen Sprache.
1.5.3	In der Türkei gibt es keine Meinungsfreiheit.
1.5.4	Unterdrückung der Minderheiten.
1.5.5	Folterungen werden fortgeführt.
1.5.6	Türkei ist ein Folterstaat.
1.5.7	In der Türkei gibt es die Todesstrafe.
1.5.8	Verbesserungen an der Menschenrechtslage durchgeführt.
1.5.9	Türkei soll fehlende Protokolle der Menschenrechtskonvention unterzeichnen.
1.6	<b>Militär/Nationaler Sicherheitsrat</b>
1.6.1	Diese Institution ist undemokratisch.
1.6.2	hat <u>Einfluss</u> auf die türkische Politik.
1.6.3	hat <u>keinen Einfluss</u> auf die türkische Politik.
1.7	<b>Einmischung in die türkische Innenpolitik durch die EU</b>
1.7.1	ist <u>gegeben</u> .
1.7.2	ist <u>nicht gegeben</u> .
1.8	<b>Europäische Sicherheit</b>
1.8.1	Türkei ist ein militärisch wichtiger Partner.
1.8.2	Durch die geopolitische Lage ist die Türkei wichtig für die EU.
1.9	<b>Politische Reformen</b>
1.9.1	Durchgeführte politische Reformen in der Türkei sind ungenügend/Weitere Reformen sind erforderlich.
1.10	<b>Sonstiges</b>
1.10.1	Türkei ist ein NATO Mitglied.
1.10.2	Türkei ist in anderen europäischen Organisationen Mitglied.
1.10.3	Türkei ist ein europäisches Land/Türkei gehört zu Europa.
1.10.4	Türkei ist ein „Brückenkopf“ zur islamischen Welt.
1.10.5	Türkei ist seit Jahrzehnten Assoziationspartner der EU und teilt die europäische Kultur.
1.10.6	Türkei hat ein starkes Bevölkerungswachstum.
1.10.7	Freizügigkeit der Arbeitnehmer stellt für die EU ein großes Problem dar.

## 2. Themengruppe: Topics zur EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft

Im Fokus dieser Themengruppe stehen die Reaktionen im unmittelbaren Zusammenhang mit der Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg im Dezember 1997 und Einschätzungen über den weiteren Verlauf der Beziehungen. Zusätzlich sind Meinungen im Vorfeld zu der ausstehenden Entscheidung des Europäischen Rates in Helsinki im Dezember 1999 erfasst.

2.1	<b>Rückzug der türkischen Beitrittserklärung wird in Erwägung gezogen</b>
2.1.1	ja
2.1.1.1	voreilige Entscheidung.
2.1.1.2	keine offizielle Regierungsentscheidung.
2.1.1.3	Äußerung/Rückzug führt zu <u>einer</u> Regierungskrise in der Türkei.
2.1.1.4	Äußerung/Rückzug führt zu <u>keiner</u> Regierungskrise in der Türkei.
2.1.2	nein

<b>2.2</b>	<b>Doppelter Standard/Türkei-Politik der EU</b>
2.2.1	Doppelter Standard der EU gegenüber der Türkei liegt vor (im Vergleich zu MOEL und Zypern).
2.2.2	Die Türkei wird mit den <u>gleichen Kriterien</u> bewertet wie alle anderen Bewerberstaaten und muss diese erfüllen.
2.2.3	Andere Anwärterstaaten haben die Anforderungskriterien nicht oder unzureichend erfüllt.
2.2.4	Forderungen der EU an die Türkei sind <u>andere</u> als an andere Kandidaten.
2.2.5	Forderungen der EU an die Türkei sind überzogen/nicht annehmbar/ungerecht.
2.2.6	Die EU hat Vorurteile gegen die Türkei/Die EU spielt falsch/EU-Politik gegenüber der Türkei ist zweideutig.
<b>2.3</b>	<b>Beitrittskandidatur/Vollmitgliedschaft der Türkei</b>
2.3.1	Türkei wird aus dem Erweiterungsprozess ausgeschlossen und bekommt keinen Kandidatenstatus.
2.3.2	Türkei muss am Erweiterungsprozess beteiligt sein/Ausschluss stellt einen historischen Fehler dar.
2.3.3	Die Entscheidung von Luxemburg lässt für die Türkei die Tür zur EU offen/Möglichkeit auf Vollmitgliedschaft bleibt bestehen.
2.3.4	Eine Aufnahme der Türkei (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) ist nicht möglich und wird noch sehr lange dauern (mehrere Jahre).
2.3.5	Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden nicht beginnen.
2.3.6	Türkei trägt auch selber die Schuld, dass sie noch keinen Mitgliedstatus hat (Türkei muss Lösungen für ihre Probleme produzieren).
2.3.7	Türkei kommt als Beitrittskandidat in Frage/Türkei wird Beitrittskandidat.
2.3.8	Türkei hat Rechte und Verpflichtungen im Falle einer Beitrittskandidatur/Türkei muss an die EU Garantien für eine Beitrittskandidatur geben.
2.3.9	Griechenland ist gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU.
2.3.10	Deutschland ist gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU.
2.3.11	Andere EU-Länder sind gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU.
2.3.12	Die EU will die politische Einflussnahme nicht verlieren, indem sie eine EU-Beitrittskandidatur (bzw. Vollmitgliedschaft) ausschließt.
2.3.13	EU-Beitrittskandidatur wird die türkische Wirtschaft und Politik stärken.
2.3.14	Eine Beitrittskandidatur bzw. Mitgliedschaft der Türkei bedeutet den Import der türkischen Probleme in die EU (z.B. Kurdenproblem).
2.3.15	Die Türkei hat ein Anrecht auf eine Vollmitgliedschaft (Ankara-Abkommens).
2.3.16	Die EU steht unter dem Einfluss Griechenlands/Griechenland diktiert ihre Politik der EU auf.
<b>2.4</b>	<b>Politischer Dialog (EU-Türkei)</b>
2.4.1	Der politische Dialog mit der EU wird abgebrochen/eingefroren/auf dieser Basis nicht weitergeführt.
2.4.2	Politischer Dialog soll <u>nicht</u> abgebrochen werden.
2.4.3	EU muss/soll ihre Entscheidung (von Luxemburg) überdenken/revidieren.
<b>2.5</b>	<b>Annäherungsstrategie für die Türkei/Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft</b>
2.5.1	Keine Strategie zur Aufnahme der Türkei vorhanden.
2.5.2	Annäherungsstrategie ist vorhanden/ist vorgesehen.
2.5.3	Annäherungsstrategie muss ausgearbeitet und durchgeführt werden.
2.5.4	Annäherungsstrategie ist aus Sicht der Türkei zu wenig.
<b>2.6</b>	<b>Teilnahme der Türkei an der Europakonferenz</b>
2.6.1	Teilnahme gewünscht ( <b>ja</b> ).
2.6.2	Teilnahme unerwünscht/keine Inhalte ( <b>nein</b> ).
<b>2.7</b>	<b>Sonstiges</b>
2.7.1	Beziehungen der EU-Länder zur Türkei sind belastet.
2.7.2	Beziehungen der Türkei zu Deutschland sind belastet.
2.7.3	Beziehungen der Türkei zu anderen EU-Ländern sind belastet.
2.7.4	Beziehungen der Türkei zur EU sind belastet.
2.7.5	Die EU kommt ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht nach.
2.7.6	Türkei wird als EU-Beitrittsanwärter 3. Klasse behandelt.
2.7.7	Eine EU-Vollmitgliedschaft bleibt Hauptziel der Türkei.

### 3. Themengruppe: Religionsbezogene Topics

Im Rahmen dieser Themengruppe werden veröffentlichte Meinungen zur Rolle der Religion und Kultur im Zusammenhang mit der Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg sowie zur Position der Türkei im europäischen Erweiterungsprozess erfasst.

<b>3.1</b>	<b>Kultur/Islam</b>
<b>3.1.1</b>	Türkei ist ein muslimisches Land.
<b>3.1.2</b>	Türkei gehört einem anderen Kulturkreis an.
<b>3.1.3</b>	Kulturelle Unterschiede sind vorhanden.
<b>3.1.4</b>	Türkei wird die kulturelle Vielfalt erweitern/Mitgliedschaft zum Vorteil der EU.
<b>3.1.5</b>	EU soll keine neuen religiösen Grenzen und Mauern aufbauen.
<b>3.2</b>	<b>Die EU ist ein Christen-Club</b>
<b>3.2.1</b>	ja
<b>3.2.2</b>	nein
<b>3.3</b>	<b>Religion ist der wahre Grund einer Ablehnung gegenüber der Türkei</b>
<b>3.3.1</b>	ja
<b>3.3.2</b>	nein
<b>3.4</b>	<b>Sonstiges</b>
<b>3.4.1</b>	Abweisung der Türkei nutzt nur den Islamisten (u. a. EU-Gegnern, z.B. Nationalisten).
<b>3.4.2</b>	Die EU ist nationalistisch.

### 4. Themengruppe: Wirtschaftliche Topics

Diese Themengruppe beinhaltet hauptsächlich Meinungen und Aussagen zur wirtschaftlichen Situation der Türkei, die als Hindernis für eine Beitrittskandidatur und EU-Vollmitgliedschaft geäußert wurden. Darüber hinaus sind Themen über die bisherige wirtschaftliche Integration der Türkei in die EU, die Zollunion und die seitens der EU zugesagten Finanzhilfen berücksichtigt.

<b>4.1</b>	<b>Stärken/Schwächen der türkischen Wirtschaft</b>
<b>4.1.1</b>	In der Türkei ist keine freie Marktwirtschaft vorhanden/Probleme in der türkischen Wirtschaft (Konkurrenzfähigkeit, Wirtschaft zu schwach, etc.).
<b>4.1.2</b>	Hohes Haushaltsdefizit der Türkei.
<b>4.1.3</b>	Hohe Verschuldung der Türkei.
<b>4.1.4</b>	Hohe Inflation in der Türkei.
<b>4.1.5</b>	Hohe Arbeitslosigkeit in der Türkei.
<b>4.1.6</b>	Hohes Außenhandelsdefizit der Türkei (in Zusammenhang mit der Zollunion).
<b>4.1.7</b>	Türkei hat ein geringes Pro-Kopf-Einkommen.
<b>4.1.8</b>	Bankensystem in der Türkei muss reformiert werden.
<b>4.1.9</b>	Hohe Belastung der türkischen Wirtschaft durch Terrorbekämpfung, daher geringes Reformtempo vor allem in der Wirtschaft.
<b>4.1.10</b>	Türkei hat eine funktionierende Wirtschaft/Türkei ist eine Wirtschaftskraft in der Region.
<b>4.1.11</b>	Die Privatisierung staatlicher Unternehmen in der Türkei muss durchgeführt werden.
<b>4.1.12</b>	Türkei hat einen ineffizienten Staatsapparat und hohe Staatsausgaben für öffentliche Anstalten (zuviel Bürokratie).
<b>4.1.13</b>	Türkei bedeutet eine große wirtschaftliche Last für die EU.
<b>4.1.14</b>	Wirtschaftliche Integration der Türkei in die EU ist weitestgehend abgeschlossen.

- Fortsetzung Themengruppe 4 -

4.1.15	Türkei hat eine stärkere Wirtschaftskraft als andere Anwärterstaaten und ist näher an den EU-Standards.
4.2	<b>Zollunion</b>
4.2.1	Die Verpflichtungen aus der Zollunion wurden durch <u>die Türkei</u> nicht erfüllt.
4.2.2	Die Verpflichtungen aus der Zollunion wurden durch <u>die EU</u> nicht erfüllt.
4.2.3	Zollunion muss vertieft und weitergeführt werden.
4.3	<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>
4.3.1	Nur wirtschaftlicher Dialog (im Rahmen der Zollunion) wird weitergeführt.
4.3.2	Türkei ist ein wirtschaftlich wichtiger Partner der EU.
4.3.3	Wirtschaftsbeziehungen müssen ausgeweitet werden.
4.3.4	Wirtschaftsembargos/-boykotts sollten durchgeführt werden.
4.3.4.1	<i>seitens der Türkei</i>
4.3.4.2	<i>seitens der EU</i>
4.3.5	Wirtschaftliche Zusammenarbeit (in beide Richtungen) wird überdacht und ggf. eingeschränkt.
4.3.6	Türkei muss sich nach neuen wirtschaftlichen Optionen umschaun (in der Region, Wirtschaftsorganisationen etc.).
4.3.7	Die EU ist ein wirtschaftlich wichtiger Partner der Türkei.
4.4	<b>Finanzhilfen</b>
4.4.1	Finanzhilfen werden nicht ausgezahlt/Werden durch ein Veto blockiert (Griechenland).
4.4.2	Finanzhilfen müssen durch Griechenland/EU freigegeben werden.
4.4.3	Umgehung des griechischen Vetos (und Auszahlung von Wirtschaftshilfen) durch die EU wird geplant.
4.5	<b>Wirtschaftliche Reformen</b>
4.5.1	Durchgeführte wirtschaftliche Reformen in der Türkei sind ungenügend/Weitere Reformen sind erforderlich.
4.6	<b>Sonstiges</b>
4.6.1	Investitionen in der Türkei.

## 5. Themengruppe: Sonstige Topics

Im Mittelpunkt dieser Themengruppe stehen insbesondere die EU-Beitrittsverhandlungen mit Süd-Zypern und mögliche Alternativen der Türkei zu einer EU-Vollmitgliedschaft.

5.1	<b>Alternativen für eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU müssen herausgearbeitet werden/Eine EU-Perspektive für die Türkei muss geschaffen werden</b>
5.2	<b>Die Türkei hat auch andere Optionen als Mitglied in der EU zu werden/Überprüfung der türkischen Außenpolitik</b>
5.3	<b>Beitrittsverhandlungen mit Zypern</b>
5.3.1	sind falsch/verletzen internationales Recht/erschweren Lösung auf der Insel.
5.3.2	werden beginnen/Zypern wird in die EU aufgenommen.
5.3.3	Türkei soll die Kandidatur Zyperns nicht blockieren.
5.3.4	Türkische Delegation soll an Verhandlungen teilnehmen.
5.3.5	Nord- und Süd-Zypern müssen als zwei gleichberechtigte Staaten agieren können/Föderation auf Zypern gewünscht.
5.3.6	Anbindung Nordzypers an die Türkei/Engere Zusammenarbeit zwischen der Türkei und Nordzypern geplant.
5.4	<b>Nationale Interessen der Türkei werden gewahrt werden und nicht dem Willen Europas geopfert (z.B. Integrität)</b>
5.5	<b>Türkei führt Verbesserungen für sich selbst durch und ist auf dem besten Weg ihre Defizite aus dem Weg zu räumen</b>
5.6	<b>Egal was die Türkei auch machen wird, die EU wird sie nicht aufnehmen</b>
5.7	<b>S-300 Raketenkrise auf Zypern (Probleme mit Griechenland)</b>

5.8	Sonstiges
5.8.1	Seitens der EU gibt es nur Kritik und keine Lösungsvorschläge für die Probleme der Türkei.
5.8.2	Die Türkei gehört geographisch nicht zu Europa.
5.8.3	Blockade der NATO-Osterweiterung durch die Türkei.
5.8.4	Rückzug der Türkei aus gemeinsamen Institutionen.
5.8.5	Souveränität: Türkei kann im Falle einer Kandidatur/Vollmitgliedschaft nicht auf Souveränität verzichten.

Bei der Erfassung von Themen wurde ebenfalls eine Obergrenze definiert. Je Zeitungsartikel konnte eine Anzahl von *maximal 15 Themen* erfasst werden. Dabei war die Mehrfacherfassung eines Themas innerhalb eines Zeitungsartikels aufgrund unterschiedlicher Akteure möglich. Die Obergrenze zu erfassender Themen erwies sich aufgrund der großen Spannweite über die Gesamtanzahl erfasster Zeitungsartikel (Themen pro Zeitungsartikel: *Min: 1, Max: 14*) als ausreichend.

### 5.3 Untersuchungsmaterial

Materialgrundlage der Untersuchung bildete die Gesamtheit der im Pressearchiv der Türkischen Großen Nationalversammlung (TGNV) in Ankara innerhalb des zweijährigen Untersuchungszeitraums archivierten Artikel. Die für die Untersuchung herangezogenen Artikel wiesen einen expliziten Bezug auf eine türkische EU-Beitrittskandidatur, eine mögliche EU-Vollmitgliedschaft und auf die EU-Türkei Beziehungen auf.

Die Auswahl des Datenmaterials erfolgte nicht auf Basis bestimmter ausgewählter Zeitungen. Es war zwar davon auszugehen, dass die auflagenstärksten Tageszeitungen bei der Erfassung am häufigsten vertreten sein werden, allerdings ermöglichte die Methode, von einer Selektion der Zeitungen im Vorfeld abzusehen, eine Vielzahl an türkischen Tageszeitungen mit unterschiedlichen Ausprägungen in die Untersuchung mit einzubeziehen. Nach Aussortierung doppelt und mehrfach archivierter Artikel stellten 2085 Zeitungsartikel, verteilt auf 22 Zeitungen, die Grundgesamtheit für diese Untersuchung dar. Auf Basis der gewählten Stichprobenmethode der „roulierenden Woche“ konnten 562 Zeitungsartikel aus 13 unterschiedlichen Zeitungen in die vorliegende Untersuchung einbezogen werden, die mit einem Anteil von ca. 27% (Arti-

keln) bzw. 59% (Zeitungen) an der Grundgesamtheit, ein repräsentatives Bild über den Inhalt der festgelegten Themengruppen wiedergeben.

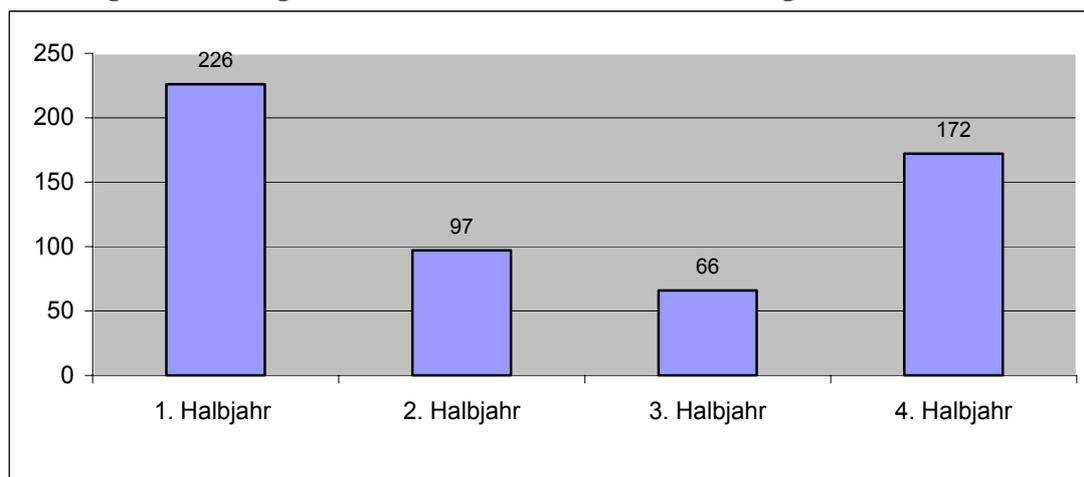
## 5.4 Untersuchungsergebnisse

### 5.4.1 Empirische Untersuchungsergebnisse

Die im Folgenden geschilderten Ausführungen der Untersuchungsergebnisse sollen in erster Linie eine Übersicht über die formalen Merkmale der erfassten Zeitungsberichte, wie Verteilung der erfassten Zeitungsartikel auf den Untersuchungszeitraum, die Medienresonanz in Form von Tendenzen der Zeitungsartikel (positiv/negativ) und die in den Zeitungsartikeln wiedergegebenen Akteure, schaffen. Die Grundlage hierfür bilden die 562 Zeitungsartikel, die in dem Zeitraum zwischen dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Luxemburg (12./13. Dezember 1997) und dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates in Helsinki (10./11. Dezember 1999) erfasst wurden. Der Kern der Arbeit, der sich auf die Inhalte der Zeitungsartikel und deren Interpretation mit den gegebenen Rahmenbedingungen konzentriert, wird in den anschließenden Kapiteln bearbeitet.

Die Anzahl der Artikel, die sich auf die Themen „*EU-Beitrittskandidatur, EU-Vollmitgliedschaft und EU-Türkei Beziehungen*“ beziehen, weisen in ihrer **Verteilung** auf den **Untersuchungszeitraum** nach Halbjahren große Unterschiede auf (Abb. 1). Die Anzahl der Artikel schwankt zwischen dem Minimum von 66 im dritten Halbjahr (01.01. – 30.06.99) und dem Maximum von 226 im ersten Halbjahr (11.12.97 – 30.06.98). Dabei lässt sich die Tendenz in der Häufigkeitsfrequenz anhand der Entwicklungen nach der Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg Mitte Dezember 1997 erklären. Unmittelbar nach der Entscheidungsverkündung erreichte die Erscheinungshäufigkeit ihren Maximalwert und nahm aufgrund der Einfrierung des politischen Dialogs zwischen der Türkei und der EU im zweiten sowie dritten Halbjahr kontinuierlich ab. Erst mit der Aussicht auf einen möglichen Kandidatenstatus im vierten Halbjahr zeichnet sich zum Abschluss hin eine steigende Tendenz ab.

**Abbildung 1: Verteilung der erfassten Artikel auf den Untersuchungszeitraum**



Die *Verteilung* der Artikel auf die einzelnen *Zeitungen* bestätigt die Annahme, dass trotz der großen Bandbreite an Zeitungen in der Grundgesamtheit der Artikel die auflagenstärksten Zeitungen mit einem Anteil von 60% an der Gesamtanzahl der erfassten Berichte themen- und untersuchungsbezogen am häufigsten bearbeiten (Tab. 1). Allerdings ist auch festzuhalten, dass in den restlichen 40% 10 Zeitungen beinhaltet sind, so dass die Zielsetzung, möglichst viele Zeitungen mit unterschiedlichen politischen Ausprägungen in die Untersuchung mit einzubeziehen, erreicht wurde.

**Tabelle 1: Verteilung der erfassten Artikel auf die verschiedenen Zeitungen**

	<b>Zeitung</b>	<b>Anzahl (abs.)</b>	<b>Anteil (%)</b>
1.	Hürriyet	114	20,3%
2.	Sabah	125	22,2%
3.	Milliyet	98	17,4%
4.	Sonstige	225	40,0%
	<b>Summe</b>	<b>562</b>	<b>100%</b>

Im Zusammenhang mit der *Erscheinungsform* nehmen die Meldungen/Nachrichten den größten Anteil mit 390 Artikeln (69,4%) ein (Tab. 2). Dies lässt sich insofern erklären, dass Meldungen in erster Linie und typischerweise zur Vermittlung ereignisbezogener Informationen dienen. In Bezug auf den Untersuchungszeitraum nehmen Kolumnen mit einem Anteil von 22,6% eine entscheidende Rolle ein, vor allem vor dem Hintergrund, dass sie zusätzlich zu den Meinungen und Äußerungen der politischen Akteure auch den sachbezogenen Kommentar des Verfassers beinhalten. Eine nachgeordnete Rolle spielen hingegen Berichte und Reportagen, die zusammen einen Anteil von 2,5% nicht überschreiten.

**Tabelle 2: Art des veröffentlichten Artikels**

	Art des Artikels	Anzahl (abs.)	Anteil (%)
1.	Meldung/Nachricht	390	69,4%
2.	Kolumne/Kommentar	127	22,6%
3.	Glosse/Bericht	13	2,3%
4.	Reportage	1	0,2%
5.	Interview	31	5,5%
	<b>Summe</b>	<b>562</b>	<b>100%</b>

Die *Tendenz* der einzelnen Artikel weist ein eher differenziertes Bild auf (Tab. 3). 39,1% der Fälle weisen eine Neutralität in Bezug auf den Kandidatenstatus und einer möglichen Mitgliedschaft der Türkei auf. Die Befürwortung (positiv) sowie Ablehnung (negativ) gegenüber der Türkei hält sich weitestgehend auf identischem Niveau. Dadurch ist es möglich abzuleiten, dass eine Polarisierung des Themas stattfindet, bei der eine grundsätzliche Verneinung einer türkischen EU-Mitgliedschaft und eine Zustimmung unter bestimmten Voraussetzungen zu beobachten sind.

**Tabelle 3: Tendenz der Artikel im Bezug zu einer EU-Beitrittskandidatur, zu einer möglichen EU-Mitgliedschaft der Türkei und den EU-Türkei Beziehungen**

	Tendenz des Artikels	Anzahl (abs.)	Anteil (%)
1.	positiv	149	26,5%
2.	negativ	133	23,7%
3.	neutral	220	39,1%
4.	nicht erkennbar/identifizierbar	60	10,7%
	<b>Summe</b>	<b>562</b>	<b>100%</b>

Bei der *Zuordnung* der Inhalte nach *aktiven Akteuren* (Aussageträgern) nehmen türkische und europäische Akteure mit einem Gesamtanteil von 82,3% die wichtigste Rolle ein (Tab.4). Wichtig erscheint in diesem Zusammenhang die nahezu identische Verteilung auf beide Akteursgruppen, so dass Standpunkte und Meinungen beider Seiten unter den aufgeführten Topics in einem vergleichbaren Rahmen beurteilt werden können. Einen ebenso wichtigen Platz nehmen die Länder als aktive Akteure mit einem Anteil von 15,1% ein. Fast gar keine Rolle hingegen spielen internationale Organisationen, Wirtschaftsorganisationen sowie sonstige Akteure, die mit einem Anteil von 2,7% bei thematischen Aussagen nicht ins Gewicht fallen.

Wird die Gruppe der aktiven Akteure differenziert betrachtet<sup>190</sup>, nimmt unter den **türkischen Akteuren** die Gruppe der Verfasser der Artikel mit 39% eine entscheidende Rolle unter den aktiven Akteuren ein. Mit 40,8% folgen dem die Akteure der türkischen Exekutive (Ministerpräsident, Außenminister, sonstige Minister, Regierung und Regierungsorgane). Den drittgrößten Anteil haben sonstige türkische Politiker und Bürokraten mit 8,4%. Der türkische Staatspräsident wurde als Aussageträger in 4,6% der Artikel erfasst.

Bei den **europäischen Akteuren** nehmen die Vertreter und Organe der Europäischen Union mit 38,2% den ersten Platz der Aussageträger ein. Die Exekutivvertreter der EU-Länder folgen als nächstgrößte Gruppe mit 34,4%. Staatspräsidenten der EU-Mitgliedstaaten sowie anderer Länder wurden in 7,4% der Artikel erfasst. Auf beiden Seiten spielen die Parteien mit 2,6% (=türkisch) und 5,9% (=europäisch) ähnlich wie Aussagen von Experten/Wissenschaftlern mit 3,5% (=europäisch/türkisch) eine eher untergeordnete Rolle.

In der Gruppe der Länder stellen die EU-Mitgliedstaaten mit 50,8% (Deutschland: 14,3%, Griechenland: 11,9%) die meisterfassten Akteure dar. Die Türkei besitzt zwar mit 42,1% den größten Anteil eines Einzelakteurs, folgt in der Gruppierung allerdings auf Rang 2. Drittgrößte Gruppe stellen die USA und sonstige Länder mit einem Anteil von 7,1% dar.

**Tabelle 4: Verteilung der Aussagen nach aktiven Akteuren**

	<b>Aktive Akteure</b>	<b>Anzahl Nennungen (abs.)</b>	<b>Anteil Nennungen (%)</b>
1.	Türkische Akteure	346	41,5%
2.	Europäische Akteure	340	40,8%
3.	Länder	126	15,1%
4.	Internationale Organisationen	3	0,4%
5.	Wirtschaftsorganisationen	5	0,6%
6.	Sonstige	14	1,7%
	<b>Summe</b>	<b>834</b>	<b>100%</b>

Die *Verteilung* der **passiven Akteure**, über die in den Zeitungsartikeln Aussagen getroffen werden, weist im Vergleich zu den aktiven Akteuren ein anderes Bild auf (Tab. 5).

<sup>190</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 1-6 im Anhang.

Den größten Anteil nehmen in diesem Fall mit 49,3% die Länder ein. Die europäischen Akteure stellen mit 46,9% die zweitstärkste Gruppe innerhalb der passiven Akteure. Dahingegen spielen sowohl internationale Organisationen als auch Wirtschaftsorganisationen bei der Betrachtung von aktiven und passiven Akteuren im Rahmen der Thematik eines Kandidatenstatus der Türkei keine entscheidende Rolle. Bei näherer Betrachtung ist festzustellen<sup>191</sup>, dass mit 69,1% der türkische Regierungschef die am häufigsten genannte Zielperson der Aussageträger ist. Im Falle der passiven europäischen Akteure stellen die Europäische Union mit 68,9% und der Europäische Rat mit 23,9% die beiden wichtigsten Gruppen dar. Mit insgesamt 3,2% folgen die europäischen Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass bei Betrachtung der passiven Akteure eine Verschiebung von Einzelpersonen auf Organisationen und deren Organe sowie auf Länder stattgefunden hat. So lässt sich auch die Verschiebung des Schwerpunkts bei den passiven Akteuren von der „türkischen Akteursebene“ auf die „Länder-Ebene“ erklären. Nicht türkische Einzelakteure stellen das Ziel der Aussageträger dar, sondern die Türkei als Land. Daher stellt sie auch mit 79,1% vor Griechenland mit 11,4% und Deutschland mit 2,1% den meistgenannten passiven Akteur dar. Im Fall der internationalen Organisationen wird lediglich die NATO als passiver Akteur erwähnt. Allerdings ist sie mit einem Anteil von 0,4% an der Gesamtanzahl von 1338 Nennungen nur von geringer Bedeutung. Gar keine Rolle bei der Betrachtung der passiven Akteure spielen hingegen Wirtschaftsorganisationen, die lediglich als Aussageträger im Bereich der aktiven Akteure mit einem sehr bescheidenen Anteil vertreten sind. Einen verschwindend geringen Anteil im Rahmen der Gesamtbetrachtung besitzen sonstige passive Akteure mit 1,1%. Lediglich zwei Akteure wurden in dieser Gruppe erfasst, in der die PKK mit 35,7% und Einzelpersonen mit 64,3% vertreten sind.

---

<sup>191</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 7-12 im Anhang.

**Tabelle 5: Verteilung der Aussagen auf passive Akteure**

	<b>Passive Akteure</b>	<b>Anzahl Nennungen (abs.)</b>	<b>Anteil Nennungen (%)</b>
1.	Türkische Akteure	31	2,3%
2.	Europäische Akteure	628	46,9%
3.	Länder	660	49,3%
4.	Internationale Organisationen	5	0,4%
5.	Wirtschaftsorganisationen	0	0%
6.	Sonstige	14	1,1%
	<b>Summe</b>	<b>1338</b>	<b>100%</b>

Zur Untersuchung des Zusammenhangs zwischen *Tendenzen* und *Akteuren* wurden diese abschließend ins Verhältnis gesetzt (Tab. 6). Bereits bei Erfassung der Zeitungsartikel hat sich herausgestellt, dass die Tendenzen der Artikel unmittelbar mit den Aussagen der Akteure korrespondieren, d.h. die Aussage des ersten aktiven Akteurs die Tendenz des Artikels stark beeinflusst. Da der erste aktive Akteur grundsätzlich der Initiator der Hauptbotschaft ist, orientiert sich die Tendenz überwiegend an diesem Akteur. Passive Akteure hingegen haben nur geringen Einfluss auf die Tendenz, so dass die Tendenz des Artikels lediglich auf die aktiven Akteure zu projizieren ist.

Die Auswertung zeigt, dass nach den Entscheidungen auf dem Europäischen Rat von Luxemburg und den anschließenden politischen Entwicklungen, die europäischen Akteure mit 13,9% eine grundsätzlich positive Einstellung zum Thema der türkischen Beitrittskandidatur, der Vollmitgliedschaft und den EU-Türkei Beziehungen haben. Eine eher negative Einschätzung ist auf Seite der türkischen Akteure zu beobachten. Sowohl die mit 11,6% als „negativ“, als auch die mit 18,8% als „neutral“ eingestufte Tendenzen im gesamten Untersuchungszeitraum lassen für den weiteren Verlauf der EU-Türkei Beziehungen keine eindeutige Erwartungshaltung in Bezug auf deren zukünftige Entwicklung erkennen, da dies in erster Linie mit den Fortschritten der Türkei im Annäherungsprozess an die EU und mit der Haltung der EU gegenüber der Türkei verknüpft wird. Dieser hohe Anteil an negativen Aussagen türkischer Akteure ist vor allem auf die große Enttäuschung nach der Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg sowie auf die Resignation in der Zielsetzung einer EU-Mitgliedschaft und die Einfrierung des politischen Dialogs mit der EU zurückzuführen. In diesem Zusammenhang können die größtenteils von türkischen Akteuren ge-

äußerten Aussagen wie „*Doppelter Standard der EU gegenüber der Türkei liegt vor (im Vergleich zu MOEL und Zypern) – Die EU will die Türkei nicht aufnehmen*“, „*Andere Anwärterstaaten haben die Anforderungskriterien nicht oder unzureichend erfüllt*“ oder „*Forderungen der EU an die Türkei sind überzogen/nicht annehmbar/ungerecht*“ als Referenz herangezogen werden. Eine Resignation auf türkischer Seite ist ebenso auf die überwiegend von europäischen Akteuren vertretene Meinung zurückzuführen, die „*eine Aufnahmen der Türkei (zum gegenwärtigen Zeitpunkt) als nicht möglich ansehen und noch von einem sehr langen (mehrere Jahre andauernden) Prozess ausgehen*“.<sup>192</sup>

**Tabelle 6: Tendenz der Artikel nach erfassten aktiven Akteuren**

<i>Akteure</i>	Türkische Akteure	Europäische Akteure	Länder	Internationale Organisationen	Wirtschaftsorganisationen	Sonstige	Summe
<i>Tendenz</i>							
positiv	59	116	29	0	2	5	<b>211</b>
	7,1%	13,9%	3,5%	0,0%	0,2%	0,6%	25,3%
negativ	97	61	28	1	2	5	<b>194</b>
	11,6%	7,3%	3,4%	0,1%	0,2%	0,6%	23,3%
neutral	157	131	48	2	1	4	<b>343</b>
	18,8%	15,7%	5,8%	0,2%	0,1%	0,5%	41,1%
nicht erkennbar	33	32	21	0	0	0	<b>86</b>
	4,0%	3,8%	2,5%	0,0%	0,0%	0,0%	10,3%
<b>Summe</b>	346	340	126	3	5	14	<b>834</b>
	41,5%	40,8%	15,1%	0,4%	0,6%	1,7%	100,0%

Wird das Verhältnis der Artikeltendenzen und der aktiven Akteure auf eine Zeitachse<sup>193</sup> gelegt (Tab. 7), so lässt sich auch daraus erkennen, dass ein überwiegender Teil an den gesamten positiven Tendenzen für das zweite Untersuchungsjahr erfasst wurde (1. Jahr: 40,3%; 2. Jahr: 59,7%). Noch eindeutiger stellt sich die Verteilung der negativen Tendenzen mit 71,1% für 1998 und 28,9% für 1999 dar. Der Anteil von „*nicht erkennbaren*“ Tendenzen mit 60,5% für das erste Jahr lassen zudem die Annahme erhärten, dass die aus den Zeitungsartikeln erfassten Aussagen den weiteren Verlauf der Beziehungen aufgrund der Blockadehaltung der Türkei in Bezug auf den politischen Dialog mit der EU für ungewiss halten.

<sup>192</sup> Vgl. hierzu Tabellen 24 und 25 im Anhang.

<sup>193</sup> In diesem Zusammenhang wurde die Zeitachse für den Untersuchungszeitraum in zwei Teile aufgeteilt: 1.) 1. Jahr (Europäischer Rat von Luxemburg bis 31.12.1998) und 2.) 2. Jahr (01.01.1999 bis zum Europäischen Rat in Helsinki am 11.12.1999).

**Tabelle 7: Verteilung der Tendenz nach Untersuchungsjahren**

Akteure / Tendenz	Türkische Akteure		Europäische Akteure		Länder		Internationale Organisationen		Wirtschaftsorganisationen		Sonstige		Summe			
	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	Gesamt	
positiv	22	37	55	61	7	22	0	0	0	2	1	4	85	126	211	
	4,8%	9,9%	12,0%	16,3%	1,5%	5,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,5%	0,2%	1,1%	18,5%	33,6%	40,3%	59,7%
negativ	76	21	40	21	17	11	0	1	2	0	3	2	138	56	194	
	16,6%	5,6%	8,7%	5,6%	3,7%	2,9%	0,0%	0,3%	0,4%	0,0%	0,7%	0,5%	30,1%	14,9%	71,1%	28,9%
neutral	91	66	78	53	13	35	0	2	0	1	2	2	184	159	343	
	19,8%	17,6%	17,0%	14,1%	2,8%	9,3%	0,0%	0,5%	0,0%	0,3%	0,4%	0,5%	40,1%	42,4%	53,6%	46,4%
nicht erkennbar	19	14	23	9	10	11	0	0	0	0	0	0	52	34	85	
	4,1%	3,7%	5,0%	2,4%	2,2%	2,9%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	0,0%	11,3%	9,1%	60,5%	39,5%
Summe	208	138	196	144	47	79	0	3	2	3	6	8	459	375	834	
	45,3%	36,8%	42,7%	38,4%	10,2%	21,1%	0,0%	0,8%	0,4%	0,8%	1,3%	2,1%	100%	100%	55%	45%

Festzuhalten bleibt, dass ein Jahr nach der europäischen Absage zur Beitrittskandidatur der Türkei ein positiver Umschwung zu erkennen ist. Das lässt sich insbesondere darauf zurückführen, dass im zweiten Untersuchungsjahr einer Revision der europäischen Entscheidung durch die Akteure eine höhere Wahrscheinlichkeit zugerechnet wurde.<sup>194</sup>

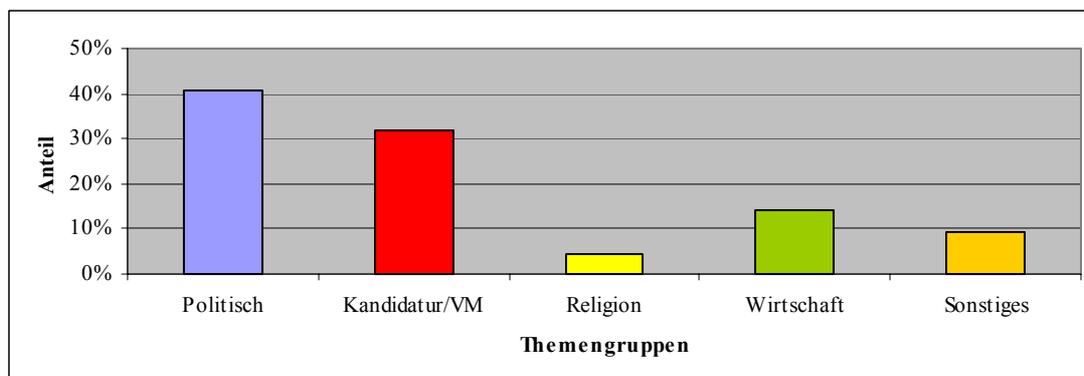
#### 5.4.2 Untersuchungsergebnisse: Themenschwerpunkte

Die thematische Inhaltsauswertung der erfassten Zeitungsartikel zeigt, dass die Themengruppe „*Politische Topics*“ dominiert (Abb. 2). Sie stellt mit einem Anteil von 40,5% (1292 Aussagen/Meinungen) an der Gesamtanzahl die größte Gruppe dar. Den zweitgrößten Anteil besitzt die Themengruppe „*Topics zur EU-Beitrittskandidatur/Vollmitgliedschaft*“ mit 33,4% (1064 Aussagen/Meinungen). Mit einem signifikanten Unterschied rangiert im Vergleich das Thema „*Wirtschaftliche Topics*“ mit 12,5% (400 Aussagen/Meinungen) an dritter Stelle. In diesem Zusammenhang bestätigt sich die Annahme, dass sich durch den Transformationsprozess der

<sup>194</sup> Auszugsweise sei an dieser Stelle auf einige Zeitungsartikel verwiesen: „Yeni bir dönemin başlangıcı“ (Beginn einer neuen Ära), in: Cumhuriyet vom 05.01.1999; „İlişkiler’de yeni dönem“ (Neue Phase in den Beziehungen), in: Cumhuriyet vom 16.06.1999; „Türkiye’siz Avrupa düşünülemez“ (Ein Europa ohne die Türkei ist unvorstellbar), in: Zaman vom 07.04.1999; „AB’den adaylık var, müzakere yok“ (EU: Ja zur Beitrittskandidatur, Nein zum Beginn von Beitrittsverhandlungen), in: Hürriyet vom 16.10.1999; „AB’den yeşil ışık“ (Grünes Licht von der EU), in: Hürriyet vom 07.10.1999; „Finlandiya: Türkiye’nin AB’ye girme zamanı geldi“ (Finnland: Die Zeit für den EU-Beitritt der Türkei ist gekommen), in: Hürriyet vom 23.07.1999; „Fransa ve Chirac Türkiye’yi destekliyor“ (Frankreich und Chirac unterstützen die Türkei), in: Milliyet vom 01.09.1999; „Avrupa’dan destek rüzgârı“ (Unterstützender Wind aus Europa), in: Milliyet vom 02.09.1999; „Türkiye’ye Evet“ (Ja zur Türkei), in: Sabah vom 06.09.1999.

EU die inhaltlichen Schwerpunkte verlagert haben.<sup>195</sup> In Verbindung mit einer Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft der Türkei spielen im Untersuchungszeitraum wirtschaftliche Aspekte keine entscheidende Rolle.

**Abbildung 2: Verteilung der erfassten Topics auf die Themengruppen**



Die Themengruppe „*Sonstige Topics*“, in der größtenteils Aussagen zu den Beitrittsverhandlungen mit Süd-Zypern wiederzufinden sind, nimmt im Gesamtkontext der Untersuchung mit einem Anteil von 9,3% (296 Aussagen/Meinungen) eine wichtigere Stellung ein, als die „*religionsbezogenen Topics*“, die lediglich mit einem Anteil von 4,3% (136 Aussagen/Meinungen) eine unbedeutende Rolle einnehmen. Dies lässt darauf schließen, dass das Thema Religion bei den Diskussionen über die Erteilung eines Kandidatenstatus an die Türkei im Rahmen des Untersuchungszeitraums einen anderen Stellenwert besaß als sie es zum gegenwärtigen Zeitpunkt inne hat, wo es um die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei geht. In diesem Zusammenhang ist auf die Diskussionen hinzuweisen, ob der Gottesbezug und die christliche Religion in die endgültige Fassung der Europäischen Verfassung aufgenommen werden soll.<sup>196</sup>

Die Verteilung der Aussagen nach Akteuren, Themengruppen und Jahren zeigt, dass es sowohl unterschiedliche Aussagenschwerpunkte zwischen den Akteuren als auch eine voneinander abweichende Verteilung dieser im Untersuchungszeitraum gibt (Tab. 8). Im Allgemeinen ist festzustellen, dass, gemessen an den erfassten Aussagen, für die europäischen Akteure die politischen Topics einen eindeutigen Schwerpunkt

<sup>195</sup> Vgl. hierzu auch Kapitel 8.

<sup>196</sup> „Regierung und Opposition würdigen EU-Verfassung“, in: Die Welt vom 02.07.2004.

im Vergleich zu den anderen vier Themen bilden. Für die türkischen Akteure hingegen spielen die Topics zur EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft die größte Rolle, wobei dies überwiegend auf die Entscheidung des Europäischen Rates von Luxemburg im Jahr 1997 zurückzuführen ist. Im Rahmen diese Topics finden sich hauptsächlich Reaktionen der türkischen Akteure wieder.

**Tabelle 8: Verhältnis der Aussagenschwerpunkte türkischer und europäischer Akteure**

	Themengruppen	Anzahl Aussagen türkischer Akteure	Anzahl Aussagen europäischer Akteure	Anteil in % Türkisch (T)	Anteil in % Europäisch (E)
1	Politisch	547	745	32,0%	50,3%
2	Kandidatur/VM	635	383	37,2%	25,9%
3	Religion	75	61	4,4%	4,1%
4	Wirtschaft	253	193	14,8%	13,0%
5	Sonstiges	198	98	11,6%	6,6%
	Summe	1708	1480	100,0%	100,0%

In beiden Untersuchungsjahren belegt die politische Themengruppe jeweils mit 34,7% und 47,3% den ersten Platz, wobei ein bemerkbarer Anstieg im zweiten Untersuchungsjahr zu verzeichnen ist (Tab. 9). Topics der Themengruppe EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft befinden sich mit 35,4% und 27,9% an zweiter Stelle. Ein nicht so starker Rückgang ist sowohl bei der anteilig drittstärksten Themengruppe, der wirtschaftlichen Topics, mit 14,8% im ersten und 13,1% im zweiten Jahr zu registrieren als auch bei der Themengruppe der sonstigen Topics mit 10,6% und 7,7%. Auf ähnlichem Niveau über beide Jahre bleibt die Themengruppe der religionsbezogenen Topics mit 4,5% und 4%. Die nachfolgende Tabelle verdeutlicht die inhaltliche Verteilung auf die Jahre und den Fokus der Aussagenträger im Jahresvergleich.

**Tabelle 9: Verteilung der Themen auf die Untersuchungsjahre und Verhältnis der Aussagenschwerpunkte türkischer und europäischer Akteure verteilt auf den Untersuchungszeitraum von 1998-1999**

	Themengruppen	Anzahl		Anteil in % an Gesamt (p. a.)		1. Jahr		2. Jahr	
		1. Jahr	2. Jahr	1. Jahr	2. Jahr	Anteil in % (T)	Anteil in % (E)	Anteil in % (T)	Anteil in % (E)
1	Politisch	595	697	34,7%	47,3%	44,2%	55,8%	40,7%	59,3%
2	Kandidatur/VM	606	412	35,4%	27,9%	65,7%	34,3%	57,5%	42,5%
3	Religion	77	59	4,5%	4,0%	62,3%	37,7%	45,8%	54,2%
4	Wirtschaft	253	193	14,8%	13,1%	59,3%	40,7%	53,4%	46,6%
5	Sonstiges	182	114	10,6%	7,7%	69,2%	30,8%	63,2%	36,8%
	Summe	1713	1475	100%	100%				

In den folgenden Kapiteln wird auf die einzelnen Themengruppen eingegangen und die Inhalte werden im Detail betrachtet.

### 5.4.2.1 Politische Topics

Innerhalb dieser Themengruppe nehmen die „*Beziehungen zu Griechenland*“ mit einem deutlich hohen Anteil von 24,1% der Aussagen die erste Position ein (Tab. 10). Im direkten Vergleich sind Topics, die eindeutiger und unmittelbar mit einer türkischen EU-Kandidatur und einem Beitritt zusammenhängen, in weniger Fällen wieder zu finden. So rangieren Topics wie „*Demokratie*“ mit 17,3%, „*Menschenrechte*“ mit 15,6% oder die „*PKK- und Kurdenproblematik*“ mit 13,3% auf den Plätzen zwei, drei und vier. Auf die „*Kopenhagener Kriterien*“ wird nur in 3,9% der Fälle explizit Bezug genommen.<sup>197</sup> Die Rolle der Türkei im Zusammenhang mit der „*Europäischen Sicherheit*“ scheint aufgrund des niedrigen Anteils von 4,6% an den Aussagen für die EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft an Bedeutung verloren zu haben. Die im Zusammenhang mit den Topics getätigten Aussagen zeigen, dass in dieser Themengruppe ein überwiegender Teil der Aussagen von europäischen Akteuren stammt, welches die besonders wichtige Stellung dieser Themengruppe für die europäische Seite unterstreicht.

**Tabelle 10: Verteilung der erfassten Aussagen nach politischen Topics**

	Topics	Anzahl Nennungen (abs.)	Anteil Nennungen (%)	T	E
1.	PKK/Kurdenproblematik	172	13,3%	48%	52%
2.	Beziehungen zu Griechenland	312	24,1%	41%	59%
3.	Kopenhagener Kriterien	51	3,9%	35%	65%
4.	Demokratie	223	17,3%	39%	61%
5.	Menschenrechte	201	15,6%	31%	69%
6.	Militär/Nationaler Sicherheitsrat	33	2,6%	39%	61%
7.	Einmischung in die türkische Innenpolitik	27	2,1%	93%	7%
8.	Europäische Sicherheit	59	4,6%	47%	53%
9.	Politische Reformen	83	6,4%	53%	47%
10.	Sonstiges	131	10,1%	50%	50%
	<b>Summe</b>	<b>1292</b>	<b>100,0%</b>	<b>42%</b>	<b>58%</b>

Bei differenzierter Betrachtung zeigen sich unterschiedliche Schwerpunkte in den getroffenen Aussagen zwischen türkischen (T) und europäischen (E) Akteuren.<sup>198</sup>

Im Zusammenhang mit dem Topic „*Beziehungen zu Griechenland*“ werden am häufigsten Aussagen zum Zypernkonflikt mit 31,1% (T: 38,1%, E: 61,9%) und zur Ägäisfrage mit 15,4% (T: 47,9%, E: 52,1%) getroffen. Zur Klärung der Probleme

<sup>197</sup> Topics wie Menschenrechte und Demokratie stellen unmittelbare Inhalte der Kopenhagener Kriterien dar.

<sup>198</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 13-22 im Anhang.

beider Staaten wird in 10,3% der Fälle (T: 28,1%, E: 71,9%) auf den Internationalen Gerichtshof (IGH) als zuständige Instanz hingewiesen.

Eine eindeutige Verteilung der Aussagen auf Akteure zeigt sich in der Frage, welcher der beiden Staaten sich um eine Verbesserung in den Beziehungen bemühen muss. Während an die Türkei mit 10,9% (T: 20,6%, E: 79,4%) und zum Großteil von europäischen Aussageträgern appelliert wird, sich um eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Griechenland zu bemühen, wird Griechenland im Vergleich mit nur einem Anteil von 7,4% (T: 69,6%, E: 30,4%) und überwiegend von türkischen Aussageträgern dazu aufgefordert, sich um eine Verbesserung der Beziehungen beider Staaten zu bemühen. *„Wir haben Griechenland verschiedene Vorschläge unterbreitet, die unter Mithilfe der USA, der NATO und der EU mit erarbeitet wurden. Griechenland verfolgt eine einseitige und blockierende Politik. Im Hinblick auf unsere Bemühungen, die bestehenden Probleme mit Griechenland zu lösen, kann uns demnach nichts vorgeworfen werden“*<sup>199</sup>.

Auch wenn bei der Gesamtbetrachtung ein anderes Bild zum Vorschein tritt, spielt die Klärung des Zypernkonflikts als Vorbedingung für eine Aufnahme der Türkei in die EU innerhalb dieses Topics mit einem Anteil von 3,2% (T: 20%, E: 80%) eine untergeordnete Rolle. In diesem Zusammenhang wird auf die Verantwortung der Türkei hingewiesen, dass sie sowohl für die Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen als auch für eine Lösungsfindung auf der Insel Zypern etwas tun müsse. *„Der Schlüssel zur Aufnahme Gesamtzyperns oder nur des südlichen Teils liegt bei der Türkei“*<sup>200</sup>.

In 11,2% der Fälle (T: 42,9%, E: 57,1%) wird im Allgemeinen und ohne eine aufschlussreiche Differenzierung zu tätigen auf die Beziehungen der Türkei zu Griechenland als ausschlaggebender Faktor für eine EU-Beitrittskandidatur hingewiesen. *„Die Türkei kann in naher Zukunft kein Mitglied der EU werden. Dies liegt nicht an den kulturellen Unterschieden, sondern an viel wichtigeren Themen wie den Menschenrechten, den wirtschaftlichen Problemen, dem Zypernkonflikt und den Beziehungen zu*

---

<sup>199</sup> „Ankara’da gizli görüşme“ (Heimliches Treffen in Ankara), zit. nach *I. Cem*, in: Milliyet vom 19.04.1998.

<sup>200</sup> „Almanya’dan Türkiye adaylığına red“ (Absage Deutschlands zur Beitrittskandidatur der Türkei), zit. nach *K. Kinkel*, in: Cumhuriyet vom 12.12.1997.

Griechenland, wobei das Letztere ausschlaggebend ist<sup>201</sup>. „Für die zukünftige EU-Perspektive der Türkei müssen Vorschläge zur Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen herausgearbeitet werden. Dabei kommt der EU eine wichtige Rolle zu“<sup>202</sup>.

Im Zusammenhang mit der Überschrift „**Demokratie**“ wird mit einem Anteil von 17,5% (T: 25,6%, E: 74,4%) am häufigsten die Aussage getroffen, dass die türkische Demokratie nicht ausreichend entwickelt sei und Defizite aufweise. „Das größte Hindernis auf dem Weg einer türkischen EU-Mitgliedschaft stellen die Demokratiedefizite dar“<sup>203</sup>.

In 13% der Fälle (T: 31%, E: 69%) wird darauf hingewiesen, dass die türkische Demokratie keine europäischen Standards habe und Anpassungsschwierigkeiten aufweise. Zu dem komme hinzu, dass sie nicht in die europäische Wertegemeinschaft passe. „Die EU-Mitgliedschaft der Türkei ist weder wünschenswert noch akzeptabel. In den Beitrittsländern gibt es im Gegensatz zur Türkei keine politischen sowie gefährlichen Probleme und keine Folter. In der Türkei hingegen kann die Realität eines Kurdenkonflikts oder des militärischen Einflusses auf die Politik nicht geleugnet werden“<sup>204</sup>. Zweifel an der Unabhängigkeit des Rechtssystems werden in 10,3% der Fälle (T: 26,1%, E: 73,9%) geäußert. Im gleichen Zusammenhang wird auf diesbezüglich notwendige Änderungen hingewiesen. In 11,7% der Aussagen und überwiegend von türkischen Aussageträgern (T: 84,6%, E: 15,4%) wird dem entgegengehalten, dass die Türkei ein demokratischer und laizistischer Rechtsstaat sei und sowohl ein funktionierendes als auch unabhängiges Rechtssystem besäße. „Die Republik Türkei ist aufgrund ihres säkularen und demokratischen Aufbaus ein Modelstaat für die Region. Gleichzeitig stellt sie den Beweis dar, dass islamische sowie demokratische Werte

---

<sup>201</sup> „Kinkel’den diyalog arayışı“ (Kinkel versucht den Dialog wieder aufzunehmen), zit. nach *K. Kinkel*, in: *Hürriyet* vom 26.05.1998.

<sup>202</sup> „AB strateji arayışında“ (Die EU auf der Suche nach einer Strategie), zit. nach *H. Swoboda*, Stellv. Fraktionsvorsitzenden der Sozialistischen Partei im Europäischen Parlament, in: *Milliyet* vom 27.05.1998.

<sup>203</sup> „Sendikalar Türkiye’yi destekliyor“ (Die Verbände unterstützen die Türkei), zit. nach *E. Gabaglio*, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), in: *Cumhuriyet* vom 11.02.1998.

<sup>204</sup> „Türkiye’nin adaylığı kabul edilemez“ (Die Beitrittskandidatur der Türkei ist unannehmbar), zit. nach *V. Klima*, Österreichischer Ministerpräsident, in: *Hürriyet* vom 28.05.1998.

*innerhalb eines laizistischen Systems miteinander leben und funktionieren können*“<sup>205</sup>.

Darüber hinaus wird der Bedarf an durchzuführenden sozialen Reformen in 9,9% der Fälle (T: 40,9%, E: 59,1%) betont. *„Auf ihrem Weg zu europäischen Standards muss die Türkei vor allem die Rahmenbedingungen für gerechte Löhne, bessere Lebens- und Arbeitsqualität und soziale Sicherheit schaffen*“<sup>206</sup>.

Aussagen zur instabilen türkischen Innenpolitik nehmen mit einem Anteil von 6,3% (T: 57,1%, E: 42,9%) sowie die Verbindungen zwischen Staat und Mafia mit 4,9% (T: 36,4%, E: 63,7%) eine eher untergeordnete Rolle ein. Auch im Rahmen dieser Überschrift wird, ohne eine nähere Differenzierung durchzuführen, in 17% der Fälle (T: 36,8%, E: 63,2%) auf die demokratische Situation in der Türkei hingewiesen. Lediglich in 5,8% der erfassten Aussagen (T: 30,8%, E: 69,2%) werden Verbesserungen bei den Demokratiestandards angesprochen. Allerdings wird dies in Frage gestellt, da *„die türkische Regierung noch nicht einmal in der Lage war ein Mini-Demokratie-Paket zu verabschieden, so dass kein Schritt getan wurde, um zu einer minimalen Imageverbesserung der Türkei beizutragen*“<sup>207</sup>. Zu unterstreichen ist dies mit 3,6% der Aussagen (T: 12,5%, E: 87,5%), in denen betont wird, dass die Türkei das europäische Rechtssystem nicht übernehmen könne.

Zum Topic **„Menschenrechte“** werden in 22,9% der Fälle (T: 23,9%, E: 76,1%) explizit Aussagen über vorhandene Defizite und unzureichende Entwicklungen dieser Rechte getroffen. *„Hätte die Türkei nicht schwerwiegende Menschenrechtsdefizite wäre eine solche Entscheidung in Luxemburg nicht gefallen und die Türkei hätte einen ähnlichen Status wie die anderen Beitrittsländer bekommen*“<sup>208</sup>.

---

<sup>205</sup> „Almanya’dan Hitler politikası“ (Deutschlands Hitler-Politik), zit. nach S. Demirel, Staatspräsident der Republik Türkei, in: Cumhuriyet vom 07.03.1998.

<sup>206</sup> „Demokrasi yoksa ticaret de yok“ (Wenn es keine Demokratie gibt, dann wird es auch keinen Handel geben), zit. nach M. Yıldırım, Vorsitzender der Handelskammer in Istanbul, in: Milliyet vom 25.06.1999.

<sup>207</sup> „Ümitlenmek için ne yaptık?“ (Was haben wir denn gemacht, dass wir hoffen können?), in: Milliyet vom 16.06.1998.

<sup>208</sup> „Kızmayın kapı açık“ (Ärgert euch nicht, die Tür steht offen), zit. nach R. Scharping, Fraktionsvorsitzender der SPD, in: Milliyet vom 17.12.1997.

Ein noch größerer Anteil der Aussagen von 28,9% (T: 43,1%, E: 56,9%) nimmt zwar Bezug auf die Wichtigkeit dieses Kriteriums für eine türkische Beitrittskandidatur, allerdings ohne eine nähere Spezifikation zu vorhandenen Defiziten anzugeben. „*Die Menschenrechte in der Türkei stellen derzeit ein großes Problem dar, allerdings nimmt die türkische Regierung dieses Thema im Vergleich zur Vergangenheit sehr ernst*“<sup>209</sup>.

Die drittgrößte Gruppe der Aussagen entfällt mit einem Anteil von 17,4% (T: 28,6%, E: 71,4%) auf die in der Türkei vorhandene Todesstrafe. Es ist anzumerken, dass dieses Thema besonders häufig im Zusammenhang mit der Festnahme von PKK-Führer *A. Öcalan* erwähnt wird. „*Die Verurteilung Öcalans zum Tode wäre ein Hinweis für die seitens der Türkei eingeschlagene falsche Richtung*“<sup>210</sup>.

Das Thema der fortwährenden Unterdrückung der Minderheiten nimmt mit 9,5% (T: 26,3%, E: 73,7%) einen ähnlich hohen Anteil an wie Aussagen zu anhaltenden Folterungen mit 8,5% (T: 23,5%, E: 76,5%). „*Wenn die Türkei Mitglied der EU werden will, so muss sie sich an bestimmte Kriterien halten. Darunter fällt auch das Thema der Minderheitenrechte*“<sup>211</sup>.

In diesem Zusammenhang entfällt ein kleinerer Anteil der Aussagen zur nicht existenten Meinungsfreiheit mit 5% (T: 30%, E: 70%) und zu nicht vorhandenen Freiheiten in Ausübung der eigenen Sprache und Kultur mit 4% (T: 37,5%, E: 62,5%). Diesen beiden folgen die Forderung zur Unterzeichnung der Menschenrechtskonvention durch die Türkei mit 1,5% (E: 100%) und Aussagen über die Eigenschaft der Türkei als Folterstaat mit 1% (E: 100%). Nur in 1,5% (T: 33,3%, E: 66,6%) der Aussagen wird eine Verbesserung der Menschenrechtsslage in der Türkei angesprochen.

Im Rahmen des Topic „**PKK/Kurdenproblematik**“ werden mit 22,7% (T: 53,8%, E: 46,2%) am häufigsten Aussagen zur Verhaftung und Verurteilung des PKK-

---

<sup>209</sup> „AB Türkiye raporunu açıkladı“ (EU veröffentlicht Türkei-Bericht), zit. nach *H. van den Broek*, EU-Kommissionsmitglied zuständig für Außenbeziehungen, in: *Cumhuriyet* vom 04.03.1998.

<sup>210</sup> „Türkiye’de insan hakları – Birdal darbesi“ (Menschenrechte in der Türkei – Das Birdal-Attentat), zit. nach *M. D’Alema*, Ministerpräsident Italiens, in: *Radikal* vom 05.06.1999; Vgl. a. „İşte Avrupa – Öcalan bahanesi“ (Die EU – Der Vorwand Öcalan), in: *Türkiye* vom 28.06.1999.

<sup>211</sup> „AB Konseyinden Kürt Şartı“ (Die kurdische Bedingung des EU-Ministerrats), zit. nach *R. Cook*, Außenminister Großbritanniens, in: *Evrensel* vom 09.12.1998.

Führers *A. Öcalan* erfasst. Den zweitgrößten Anteil mit 15,7% und mit Aussagen fast ausschließlich europäischer Akteure (T: 3,7%, E: 96,3%) nimmt die Forderung nach einer politischen Lösung für das Kurdenproblem ein. *„Die Türkei muss die Minderheitenrechte achten und mit der kurdischen Führung in einen konstruktiven Dialog treten“*<sup>212</sup>.

Ein anderer Standpunkt wird seitens der türkischen Aussageträger vertreten. Mit einem Anteil von 14,5% (T: 80%, E: 20%) wird die PKK als Terrororganisation deklariert und die Notwendigkeit der Terrorbekämpfung unterstrichen. *„Um die Tür zu einer EU-Mitgliedschaft zu öffnen, verlangt die EU, dass die Türkei eine politische Lösung für das Kurdenproblem finden muss. (...) Zeitgleich stimmte die EU gegen eine Bezeichnung der PKK als Terrororganisation, obwohl seitens der EU der Terror im Allgemeinen als ein großes Problem unterstrichen wurde“*<sup>213</sup>.

Eine ähnlich eindeutige Verteilung der Aussagen auf Akteure, allerdings in umgekehrter Reihenfolge, ist in Bezug auf das ungeklärte Kurdenproblem erkennbar. Mit einem Anteil von 14% der Aussagen vertreten in diesem Zusammenhang größtenteils europäische Akteure (T: 12,5%, E: 87,5%) die Meinung, dass das Kurdenproblem ungelöst sei. Nur türkische Akteure (T: 100%) hingegen sind mit einem Anteil von 9,9% der Meinung, dass die EU und einige Mitgliedstaaten die PKK unterstütze. *„Wir wissen, dass Länder wie Griechenland und Italien die PKK unterstützen. (...) Allein die Reiseroute Öcalans vor seiner Verhaftung ist ein Beweis dafür. Ferner trug er bei seiner Verhaftung einen griechisch-zypriotischen Pass bei sich“*<sup>214</sup>.

Das Thema der Gewährung von mehr Autonomie für die Kurden stellt mit 4,1% (T: 42,9%, E: 57,1%) einen kleinen Anteil innerhalb dieses Topics dar. Es wird allerdings darauf hingewiesen, dass *„verschiedene Kräfte im Ausland versuchen die Kurden als Minderheit zu deklarieren, was zu einer Instabilität in der Türkei führen kann“*<sup>215</sup>.

---

<sup>212</sup> „AB yolunda yeni engel“ (Neues Hindernis auf dem Weg in die EU), zit. nach *A. Lindh*, Schwedische Außenministerin, in: *Milliyet* vom 08.09.1999.

<sup>213</sup> „AB ve Kürt Sorunu“ (Die EU und das Kurdenproblem), in: *Milliyet* vom 25.05.1999

<sup>214</sup> „Avrupa çizmeyi aşılıyor“ (Europa überschreitet die Grenzen), zit. nach *B. Ecevit*, Ministerpräsident der Republik Türkei, in: *Akşam* vom 27.02.1999.

<sup>215</sup> „Yunanlılar’ı kızdıran rapor“ (Der Bericht, der die Griechen aufbringt), zit. nach *M. Lake*, EU-Botschafter in Ankara, in: *Sabah* vom 11.07.1998.

Ausschließlich europäische Akteure fordern mit 2,3% (E: 100%) eine Europakonferenz für das Kurdenproblem durchzuführen. Darüber hinaus wird ohne eine nähere Differenzierung durchzuführen, die Kurdenfrage (Südostproblematik) und die PKK mit 14,5% (T: 56%, E: 44%) als ein seitens der Türkei zu bewältigendes Thema angegeben.

Unter dem Topic „*Politische Reformen*“ wird ohne eine nähere Ausführung die Notwendigkeit weiterer Reformen angesprochen. Den Ausgangspunkt stellt dabei meistens die Feststellung der Aussageträger, dass die bis dato durchgeführten politischen Reformen unzureichend seien. Die Verteilung der Aussageträger zeigt (T: 47%, E: 53%), dass überwiegend europäische Akteure diese Notwendigkeit ansprechen. „*Die Türkei hat keinen einzigen Schritt zur Verbesserung der Demokratiestandards getan*“<sup>216</sup>.

Bei dem Topic „*Militär/Nationaler Sicherheitsrat*“ begnügt sich der Großteil der Aussageträger mit 45,5% (T: 46,7%, E: 53,3%) nur mit einem allgemeinen Hinweis auf den Einfluss dieser Institutionen auf die türkische EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft. Insbesondere europäische Akteure unterstreichen in ihren Aussagen, dass diese Institution Einfluss auf die türkische (Innen-) Politik und Staatsmechanismen habe. Mit einem Anteil von 33,3% an den getätigten Aussagen (T: 27,3%, E: 72,7%) wird die Befürchtung zur Rolle des Militärs zum Ausdruck gebracht. In 12,1% der Aussagen (T: 25%, E: 75%) wird dem Nationalen Sicherheitsrat die demokratische Funktion innerhalb eines Rechtsstaates aberkannt. „*So lange das Militär einen derartig großen Einfluss hat, wird die Türkei kein Mitglied der EU werden*“<sup>217</sup>. Die kleinste Gruppe im Rahmen dieses Topics und überwiegend von türkischen Akteuren geäußert bildet mit 9,1% (T: 66,7%, E: 33,3%) die Aussage, dass eine Einflussnahme des Militärs auf die Politik nicht gegeben sei.

---

<sup>216</sup> „Tek adım atmadınız” (Ihr habt keinen einzigen Schritt gemacht), zit. nach *M. Michel*, Vorsitzender des Gemischten Parlamentarischen Ausschusses EU-Türkei, in: *Cumhuriyet* vom 19.05.1998.

<sup>217</sup> „Alman’dan ilginç açıklama” (Merkwürdige Äußerung eines Deutschen), zit. nach *Prof. Dr. U. Steinbach*, Direktor des Deutschen Orient-Instituts, in: *Zaman* vom 22.06.1998.

Eine eindeutige Verteilung der Aussagen auf Akteure zeigt sich in dem Topic **„Einmischung in die türkische Innenpolitik“**. Dabei geht es grundsätzlich um die Frage, ob es sich bei den Themen, wie z.B. der Demokratie und Menschenrechte in der Türkei, um eine Einmischung durch die EU in türkische Innenangelegenheiten handelt. Die große Mehrheit von 81,5% (T: 100%) an den erfassten Aussagen sieht eine Einmischung durch die EU als gegeben, was wiederum die türkische Sensibilität zur Frage ihrer Innenpolitik zeigt. Die restlichen Aussagen mit einem Anteil von 18,5% (T: 60%, E: 40%) bestreiten eine derartige Einflussnahme, wobei auch in diesem Fall die Mehrzahl der Aussageträger türkische Akteure darstellen. Dies lässt darauf schließen, dass diese Thematik und ein derartiger Vorwurf durch europäische Akteure keine Beachtung findet. Vielmehr gilt hervorzuheben, dass auch türkische Akteure diesem Thema kontrovers gegenüberstehen. *„Äußerungen, beispielsweise zu Menschenrechten und die Südostproblematik, stellen keine Einmischung in die türkische Innenpolitik dar und müssen als verständlich empfunden werden. Die Türkei muss sich daran gewöhnen, dass es in unserem Zeitalter keine reinen Innenangelegenheiten mehr gibt“*<sup>218</sup>.

Die Mehrheit der Aussagen zur **„europäischen Sicherheit“** bezieht sich mit einem Anteil von 42,4% (T: 52%, E:48%) auf die geopolitische Lage der Türkei. Demnach würde beispielsweise *„eine Mitgliedschaft der Türkei die Stabilität auf dem Balkan sichern“*<sup>219</sup>.

In 39% der Aussagen (T: 56,5%, E: 43,5%) wird auf die Rolle der Türkei als militärisch wichtiger Partner Bezug genommen. Ohne weitere detaillierte Angaben nimmt die Funktion der Türkei für die europäische Sicherheit mit 18,6% (T: 18,2%, E: 81,8%) den dritten Platz ein. Erkennbar ist, dass die Rolle der Türkei im Rahmen der Europäischen Sicherheitspolitik an Gewicht verliert, da sie nicht mehr die *„uneingeschränkt wichtigste Position als Sicherheitsgarant Europas innehat“*<sup>220</sup>. Diese Annahme wird vor allem durch die Tatsache bekräftigt, dass die EU der Türkei keine

---

<sup>218</sup> „İnsan hakları iç iş değil” (Menschenrechte sind keine Innenangelegenheit), zit. nach I. Batu, Botschafter der Republik Türkei in Rom, in: Cumhuriyet vom 20.05.1998.

<sup>219</sup> „Brüksel toplantısı öncesi yaşanan 2 olay bize dostu düşmanı gösterdi“ (Zwei Ereignisse vor dem Treffen in Brüssel haben uns unsere Freunde und Feinde gezeigt), zit. nach G. Papandreu, Außenminister Griechenlands, in: Sabah vom 14.09.1999.

<sup>220</sup> „Avrupa’ya dikkat“ (Vorsicht vor Europa), in: Sabah vom 09.05.1999.

Rechte für die Mitbestimmung in Bezug auf die geplante Gestaltung und Etablierung einer „Europäischen Eingreiftruppe“<sup>221</sup> einräumen möchte.

Unter dem Topic „*Sonstiges*“ stellen die Aussagen zur Anerkennung der türkischen Zugehörigkeit zu Europa als europäisches Land mit 41,2% (T: 31,5%, E: 68,5%) den Hauptanteil dar. „*Die Türkei ist ein europäisches Land und muss in den europäischen Erweiterungsprozess einbezogen werden. Nur dadurch kann der Türkei die Angst vor dem Ausschluss genommen und sie nachhaltig an das gemeinsame Wertesystem Europas gebunden werden*“<sup>222</sup>.

Mit großem Abstand folgt der Anteil an Aussagen zur jahrzehntelangen Assoziation der Türkei zur EU und den Gemeinsamkeiten sowie der Orientierung an der europäischen Kultur mit 12,2% (T: 93,8%, E: 6,1%). Bei Betrachtung der Aussagenverteilungen lässt der große Anteil europäischer Akteure an der ersten Aussage darauf schließen, dass die Zugehörigkeit der Türkei zu Europa anerkannt und die Einbeziehung der Türkei in den EU-Erweiterungsprozess befürwortet wird.

Auf die europäische Ausprägung der Türkei wird im Rahmen der Aussagen mit jeweils 11,5% (T: 60%, E: 40%) und 4,6% (T: 50%, E: 50%) darauf hingewiesen, dass sie sowohl in der NATO als auch in anderen europäischen Organisationen Mitglied sei.

Unter Berücksichtigung der im Vorfeld angesprochenen Herausforderungen einer EU-Erweiterung ist besonders auffällig, dass im Untersuchungszeitraum Aussagen zur Problematik der Arbeitnehmerfreizügigkeit mit 13% (T: 52,9%, E: 47,1%) sowie zum hohen türkischen Bevölkerungswachstum mit 8,4% (T: 54,5%, E: 45,5%) in der Frage einer türkischen Beitrittskandidatur eine eher untergeordnete Rolle spielen.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich bei Betrachtung der Untersuchungsergebnisse für diese Themengruppe die Annahme erhärtet, als hätten im Untersuchungszeitraum nur wenige bestimmte politische Themen und die politische Ein-

---

<sup>221</sup> „Güvenlik alanında Avrupa’da kopuyoruz“ (Sicherheitspolitisch werden wir von Europa abgekoppelt), in: Milliyet vom 11.05.1999.

<sup>222</sup> „İtalya’da Türkiye’ye AB desteği“ (Unterstützung der Türkei durch Italien in der EU-Frage), zit. nach L. Dini, Außenminister Italiens, in: Milliyet vom 25.06.1998.

flussnahme einzelner Mitgliedsstaaten eine stärkere Auswirkung auf die EU-Beitrittskandidatur der Türkei als objektive Bewertungskriterien wie Demokratiestandards und Menschenrechte. Dies ist vor allem auf den großen Anteil der Aussagen in Bezug auf die griechisch-türkischen Beziehungen zurückzuführen und zeigt, dass dieses Thema im Annäherungsprozess der Türkei an die EU eine sehr wichtige Rolle spielt.

#### **5.4.2.2 Topics zur EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft der Türkei**

Diese Themengruppe beinhaltet größtenteils Topics zur türkischen EU-Beitrittskandidatur sowie zu den Aussichten einer möglichen türkischen Mitgliedschaft in der EU. Darüber hinaus finden sich innerhalb dieser Themengruppe Reaktionen zu den EU-Ratsentscheidungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen von Luxemburg, wieder. Dementsprechend zeigen auch die Untersuchungsergebnisse, dass in dieser Themengruppe überwiegend Aussagen türkischer Akteure vertreten sind (Tab. 11).

Mit einem Anteil von 49,8% befinden sich Aussagen zum Topic „*Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft der Türkei*“ an erster Stelle. Weit dahinter stehen Aussagen zum „*doppelten Standard der europäischen Türkei-Politik*“ mit einem Anteil von 17,6%. Den drittstärksten Anteil mit 13,2% besitzen Aussagen zum „*politischen Dialog*“ beider Seiten miteinander in der Ära nach dem Europäischen Rat von Luxemburg bis zum Europäischen Rat in Helsinki.

Ein nahezu identisches Bild im Verhältnis der Aussagenanteile innerhalb dieser Themengruppe bieten die Topics „*Annäherungsstrategie für die Türkei*“ mit 5% und „*Europakonferenz*“ mit 4,9%. Kaum Gewicht besitzt der Anteil an Aussagen zum „*Rückzug der türkischen Beitrittserklärung*“ aus dem Jahre 1987 mit 3%.

Interessant erscheint der hohe Anteil an sonstigen Aussagen mit 6,5%, die größtenteils eine Einschätzung zum Stand der Beziehungen beinhalten.

**Tabelle 11: Verteilung der erfassten Aussagen nach Topics zur EU-Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft der Türkei in der EU**

	Topics	Anzahl Nennungen (abs.)	Anteil Nennungen (%)	T	E
1.	Beitrittserklärung der Türkei	31	3,0%	81%	19%
2.	Doppelter Standard/Türkei-Politik der EU	179	17,6%	84%	16%
3.	Beitrittskandidatur/Vollmitgliedschaft der Türkei	507	49,8%	53%	47%
4.	Politischer Dialog EU-Türkei	134	13,2%	65%	35%
5.	Annäherungsstrategie für die Türkei	51	5,0%	49%	51%
6.	Europakonferenz	50	4,9%	36%	64%
7.	Sonstiges	66	6,5%	92%	8%
	<b>Summe</b>	<b>1018</b>	<b>100,0%</b>	<b>62%</b>	<b>38%</b>

Bei der Aufschlüsselung der einzelnen Topics<sup>223</sup> zeigt sich, dass unter dem Topic *„Beitrittskandidatur und Vollmitgliedschaft der Türkei“* 19,5% der Aussageträger (T: 44,4%, E: 55,6%) eine Kandidatur der Türkei für möglich oder sicher halten. Hierbei ist allerdings zu erwähnen, dass ein Großteil dieser Aussagen im unmittelbaren Vorfeld des Europäischen Rates in Helsinki 1999 erfasst wurde. Dies ist größtenteils auf die konsequente Haltung der Türkei zurückzuführen, die es ablehnte auf Forderungen der EU einzugehen, ohne eine konkrete Aussicht auf eine Beitrittskandidatur zu bekommen. Eine entscheidende Rolle spielten hierbei mit großer Wahrscheinlichkeit auch die Befürchtungen der EU, ihren Einfluss auf die Türkei zu verlieren, zumal nach dem Beginn der Beitrittsgespräche mit Süd-Zypern Anfang 1998 ein wichtiges Druckmittel der EU gegenüber der Türkei ihre Wirkung verloren hatte.<sup>224</sup> In diesem Zusammenhang bilden Aussagen, dass die Türkei im Erweiterungsprozess mit berücksichtigt werden müsse, da eine Ausschließung einen historischen Fehler darstellen würde, die zweitgrößte Gruppe mit 14,8% (T: 25,3%, E: 74,7%). In diesem Fall ist die Mehrheit dieser Aussage auf europäische Akteure zurückzuführen. Ein etwas abweichendes Bild ergibt die Verteilung der Aussagen zum Ausschluss der Türkei aus dem Erweiterungsprozess. Mit 9,5% (T: 70,8%, E: 29,2%) nimmt sie eine wichtige Position in dieser Themengruppe ein, wobei sich hier gegensätzliche Annahmen und Feststellungen der Akteure wieder finden. Eine Einflussnahme Griechenlands auf die europäische Türkei-Politik wird in 7,5% der Aussagen (T: 92,1%, E: 7,9%) als eindeutig gegeben beurteilt. Verdeutlicht wird

<sup>223</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 23-29 im Anhang.

<sup>224</sup> Vgl. hierzu die Argumentationen in Kapitel 7, S. 250ff.

dies zu dem in der Anteilsverteilung der Aussagen, dass Griechenland mit 6,5% (T: 72,7%, E: 27,3%), Deutschland mit 2,6% (T: 84,6%, E: 15,4%) und andere europäische Länder mit 3% (T: 46,7%, E: 53,3%) explizit gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU seien.

In 5,3% der Aussagen (T: 11,1%, E: 88,9%) wird betont, dass die Entscheidungen vom Europäischen Rat in Luxemburg die Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft der Türkei offen lasse. Unabhängig davon betont ein größerer Anteil der Aussagen von 6,7% (T: 38,2%, E: 61,8%) auf eindeutige Art, dass die Aufnahme der Türkei in die EU zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich sei und noch sehr viele Jahre dauern werde. Im Zusammenhang mit diesen Aussagen steht auch die Schuldzuweisung, dass die Türkei aufgrund ihrer Nachlässigkeit keine Lösungen für ihre Probleme habe finden können und deshalb auch noch keinen Beitrittskandidatenstatus bekommen habe. Auf dieses Versäumnis weist bei einem Anteil von 4,5% (T: 78,3%, E: 21,7%) insbesondere die Mehrheit der türkischen Aussageträger hin. Unterstrichen wird die Tatsache türkischer Versäumnisse darin, dass bei einem Gesamtanteil von 4,9% an den Aussagen (T: 32%, E: 68%), überwiegend europäische Akteure darauf hinweisen, dass die Türkei für den Fall eines Kandidatenstatus Rechte sowie Verpflichtungen habe und Garantien für eben diese Beitrittskandidatur geben müsse. Mit einem Anteil von 4,7% an den Aussagen (T: 83,3%, E: 16,7%) wird überwiegend von türkischen Akteuren auf das Ankara-Abkommen verwiesen, dass der Türkei das Anrecht auf eine Vollmitgliedschaft einräume.

Aussagen über die Befürchtungen der EU, ihren politischen Einfluss auf die Türkei zu verlieren, erscheinen zwar anteilmäßig mit 3,2% (T: 87,5%, E: 22,5%) als eher gering, aber doch wichtig im Gesamtkontext. Hierbei wird von den politischen Akteuren darauf hingewiesen, dass die EU ihre Möglichkeiten einer politischen Einflussnahme nicht verlieren möchte und deshalb eine Kandidatur sowie eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei nicht eindeutig ausschließe. *„Die Türkei ist die beste Türkei, wenn sie im Wartezimmer der EU bleibt. Dies wird sich nicht so schnell än-*

dern und daher muss sich die Türkei andere Optionen suchen, um sich so dem Druck der EU und besonders Griechenlands entziehen zu können<sup>225</sup>.

Mit einem ähnlich geringen Anteil, allerdings genauso bedeutsam für den Gesamtkontext, befassen sich 2,2% der Aussagen (E: 100%) mit der Befürchtung, dass eine mögliche Vollmitgliedschaft der Türkei den Import türkischer Probleme in die EU bedeuten kann. „Die innenpolitischen Angelegenheiten und Probleme der Türkei dürfen nicht in die EU und nicht nach Deutschland transportiert werden“<sup>226</sup>.

Die Auswertung zum Topic „**Doppelter Standard/Türkei-Politik der EU**“ lässt bei der Verteilung der Aussagen ein anteilmäßiges Übergewicht türkischer Akteure sowie eine stark negative Resonanz in den Aussagen erkennen. Auf einen doppelten Standard in der Bewertung der Türkei im Vergleich zu anderen Beitrittskandidatenländern weisen 34,1% der Aussagen (T: 96,7%, E: 3,3%) hin. So wird betont, dass „während die anderen Anwärterstaaten finanzielle Unterstützung erhalten, die Türkei ihre Anpassung an EU Standards selbst finanzieren muss. Ebenso erhält sie auch keine technischen Hilfeleistungen“<sup>227</sup>.

Dem entgegen gebracht wird allerdings, dass die Möglichkeit „auf eine EU-Beitrittskandidatur und einen Beitritt nicht automatisch bedeutet, dass alle Kandidaten gleich behandelt werden“<sup>228</sup>.

Inhalt von 19,6% der Aussagen (T: 82,9%, E: 17,1%) sind eine doppeldeutige Türkei-Politik der EU und Vorurteile gegenüber der Türkei. Eine ähnlich deutliche Verteilung der Aussageträger findet sich in der Ablehnung unannehmbarer europäischer Forderungen im Vorfeld einer Beitrittskandidatur mit 19% (T: 88,2%, E: 11,8%) wider.

---

<sup>225</sup> „Nasıl bir AB politikamız olmalı?“ (Was für eine EU-Politik müssen wir verfolgen?), in: Zaman vom 15.05.1998; Vgl. hierzu auch die Anzahl der Aussagen über die die fortwährende Möglichkeit einer Vollmitgliedschaft nach dem Europäischen Rat von Luxemburg, Tabelle 25 im Anhang, S. 346.

<sup>226</sup> „Türkiye sözünü tutmalı“ (Die Türkei muss ihr Wort halten), zit. nach J. Rau, Ministerpräsident von Nordrhein Westfalen, in: Cumhuriyet vom 16.12.1997.

<sup>227</sup> „AB’yi kim istiyor, kim istemiyor?“ (Wer will die EU, wer will sie nicht?), in: Radikal vom 06.11.1998.

<sup>228</sup> „Avrupa Türkiye’yle ilişkisini düzeltmeli“ (Die EU muss ihre Beziehung zur Türkei verbessern), in: Sabah vom 20.12.1997.

Das thematische Schwergewicht in den Aussagen auf europäischer Seite liegt in der Abweisung dieser Vorwürfe. *„Die Türkei soll mit ihren Anschuldigungen (Christen-Club, doppelter Standard) nicht übertreiben. Sie ist selbst schuld, dass sie keinen Status als Kandidat bekommen hat“*<sup>229</sup>.

Mit einem Anteil von 11,7% an den Gesamtaussagen zu diesem Topic (T: 38,1%, E: 61,9%) wird überwiegend von europäischen Akteuren erwähnt, dass die Türkei mit den gleichen Kriterien bewertet werde wie andere Bewerberstaaten. Im Rahmen dieser Diskussion findet die gegensätzliche Stellungnahme überwiegend türkischer Akteure ihren Niederschlag darin, dass 8,9% der Aussagen (T: 93,8%, E: 6,2%) den gezielten Hinweis beinhalten, andere Bewerberstaaten hätten die Kriterien für eine Beitrittskandidatur nicht oder nur unzureichend erfüllt. In diesem Zusammenhang befassen sich 6,7% der Aussagen (T: 75%, E: 25%) damit, dass die Forderungen an die Türkei nicht die gleichen seien, die an andere Bewerberstaaten gestellt würden.

Die Zuordnung der Aussagen zum Topic *„Politischer Dialog“* zeigt eine eindeutige Aufteilung in zwei Lager. An erster Stelle der Rangfolge befindet sich die Aussage über die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Weiterführung des politischen Dialogs mit 45,5% (T: 26,2%, E: 73,8%). Dahingegen beinhalten 32,1% (T: 97,7%, E: 2,3%) der Aussagen den Abbruch und die Einfrierung des Dialogs auf politischer Ebene. *„Die Türkei hat sich entschieden nach Luxemburg den politischen Dialog einzufrieren und über Themen wie Zypern, Menschenrechte und Demokratie nicht mehr zu diskutieren. Der Dialog beschränkt sich lediglich auf die Zollunion“*<sup>230</sup>. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass diese Grundeinstellung bis zum EU-Gipfel in Helsinki im Jahre 1999 größtenteils beibehalten wurde.

Den kleinsten Anteil an den Aussagen zu diesem Topic, aber in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Abbruch des politischen Dialogs, stellen 22,4% der Aussagen dar (T: 96,7%, E: 3,3%), die eine Revision der Entscheidungen des Europäischen Rates von Luxemburg fordern.

---

<sup>229</sup> „Kinkel sert çıktı“ (Harte Reaktion von Kinkel), zit. nach K. Kinkel, Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, in: Hürriyet vom 21.12.1997.

<sup>230</sup> „Siyasi konular gündemde yok“ (Politische Themen sind nicht auf der Agenda), zit. nach I. Cem, Außenminister der Republik Türkei, in: Cumhuriyet vom 21.04.1998; „Ortaklık Konseyi toplanamıyor“ (Der Assoziationsrat wird sich nicht treffen), in: Zaman vom 22.05.1998.

Die Verteilung der Aussagen zum Topic „**Annäherungsstrategie für die Türkei**“ gestaltet sich ähnlich deutlich. Dabei entfallen die meisten Aussagen mit 37,3% (T: 15,8%, E: 84,2%) auf die Dringlichkeit, für die Türkei eine Annäherungsstrategie auszuarbeiten. Von einer vorhandenen europäischen Annäherungsstrategie für die Türkei ist in einem deutlich geringeren Anteil der Aussagen von 13,7% (T: 28,6%, E: 71,3%) die Rede. Entgegen diesen Ausführungen steht mit 23,5% (T: 91,7%, E: 8,3%) die zweitgrößte Gruppe der Aussagen, die eine Annäherungsstrategie ohne die Option einer türkischen EU-Beitrittskandidatur als unzureichend bewerten. Ferner sind 17,6% der Aussageträger (T: 77,8%, E: 22,2%) der Ansicht, eine Aufnahme- oder Annäherungsstrategie für die Türkei sei gar nicht vorhanden.

Ein viel signifikanteres Bild zur Positionierung beider Seiten gibt die Diskussion zum Topic „**Europakonferenz**“ wieder. In 68% der Aussagen (T: 5,9%, E: 94,1%) wird die Teilnahme der Türkei an der Europakonferenz gewünscht und als wichtig für die Fortführung des politischen Dialogs sowie die Intensivierung der Annäherung an die EU erachtet. *„Wie will die Türkei ihre eigenen Interessen vertreten, wenn sie nicht an der Europakonferenz teilnimmt? Für den gegenseitigen Dialog stellt die Europakonferenz eine gute Plattform dar“*<sup>231</sup>.

Die restlichen 32% der Aussagen zu diesem Topic, die ausschließlich von türkischen Akteuren getätigt werden, lehnen die Teilnahme der Türkei an der Europakonferenz eindeutig ab, in dem sie insbesondere den inhaltlichen Nutzen für die Türkei in Frage stellen. *„So lange ich Ministerpräsident bin, wird die Türkei bestimmt nicht an der Europakonferenz teilnehmen“*<sup>232</sup>.

Im Zusammenhang mit der europäischen Negierung einer Beitrittskandidatur für die Türkei, zog die türkische Regierung, in diesem Fall insbesondere der Ministerpräsident, einen **„Rückzug der Beitrittserklärung“** aus dem Jahre 1987 in Erwägung. Die meisten Aussagen mit einem Anteil von 38,7% (T: 100%) konnten einer Befürwortung zu solch einem Schritt zugeordnet werden. Im Gegensatz dazu wird diese

---

<sup>231</sup> „Cem’i kızdıran sorular” (Verärgernde Fragen an Cem), zit. nach P. Moskovici, Französischer Minister zuständig für EU-Angelegenheiten, in: Sabah vom 07.05.1998.

<sup>232</sup> „Muz Cumhuriyeti değiliz“ (Wir sind keine Bananenrepublik), zit. nach M. Yılmaz, Ministerpräsident der Republik Türkei, in: Cumhuriyet vom 18.12.1997.

Absicht mit einem Anteil von 35,5% der Fälle (T: 45,5%, E: 54,5%) als voreilige Entscheidung abgetan, wobei in einigen Aussagen auch der Nutzen eines solchen Schrittes in Frage gestellt wird. Ausschließlich türkische Aussageträger erklären in 25,8% der Aussagen zu diesem Topic, dass es sich nicht um eine offizielle Regierungserklärung handle. Es ist davon auszugehen, dass ein Rückzug der Beitrittserklärung seitens der Türkei keine einschneidenden Auswirkungen auf ihren Annäherungsprozess zur EU oder ihrer grundsätzlichen Einstellung im Bezug auf eine EU-Vollmitgliedschaft gehabt hätte. Eine derartige Äußerung ist vielmehr auf die Enttäuschung über das Ergebnis des EU-Gipfeltreffens in Luxemburg zurückzuführen und eher als eine Trotzreaktion zu betrachten.

Die größte Gruppe von Aussagen zum Topic „*Sonstiges*“ vertritt mit insgesamt 53% (T: 100%) die Meinung, dass die türkisch-europäischen Beziehungen nunmehr negativ belastet seien. Auf bilateraler Ebene stehen dabei an erster Stelle Deutschland und andere europäische Länder mit jeweils 19,7%. Eine Belastung der Beziehungen zur EU als Organisation wird in 13,6% der Fälle erwähnt. Die nächstgrößten Gruppen beinhalten mit je 16,7% der Aussagen zum einen die Erklärung, dass die EU ihren rechtlichen Verpflichtung nicht nachkomme und zum anderen, dass die Türkei weiterhin eine EU-Vollmitgliedschaft als ihr Hauptziel anstrebe.

**Zusammenfassend** ist festzuhalten, dass die im Rahmen dieser Themengruppe erfassten Aussagen, insbesondere türkischer Akteure, stark emotional geprägt sind. Dies verdeutlichen insbesondere Meinungen über einen doppelten Standard der EU gegenüber der Türkei, die Entschlossenheit der Türkei zur Einfrierung des politischen Dialogs sowie die Ablehnung einer Teilnahme an der Europakonferenz. Aussagen, die eine negative Einflussnahme Griechenlands, Deutschlands und anderer europäischer Staaten auf die EU-Türkei Beziehungen und auf eine mögliche EU-Vollmitgliedschaft beinhalten, runden dieses emotionale Gesamtbild ab.

Erklärungen zu den türkischen Reaktionen lassen sich lediglich im Rahmen der Aussagen finden, in denen auf das Ankara-Abkommen aus dem Jahre 1963 hingewiesen wird, welches aus Sicht der Aussageträger der Türkei ein Anrecht auf Vollmitgliedschaft geben würde. Darüber hinaus wird in Bezug auf die EU-Süd- und Osterweite-

rung erklärt, dass die EU im Falle der Türkei überzogene Forderungen für die Anerkennung eines Kandidatenstatus habe. Hierbei wird in den erfassten Aussagen explizit darauf verwiesen, dass der Türkei nicht die Möglichkeit gegeben werde, im Rahmen eines Kandidatenstatus ihre Defizite aus dem Weg zu räumen, wie es im Fall der anderen Bewerberstaaten getan wurde. Dabei wird betont, dass ein Kandidatenstatus nicht eine sofortige Mitgliedschaft bedeute, sondern die Heranführung eines Kandidaten viele Jahre in Anspruch nehmen könne, so dass die Defizite innerhalb dieses Zeitraums ausgeräumt werden können.<sup>233</sup>

Etwas nüchterner fallen hingegen die Aussagen europäischer Akteure aus. Dabei werden überwiegend Rechte und Verpflichtungen der Türkei sowie Versäumnisse in der Kriterienerfüllung angesprochen. Allerdings fehlt es einigen Aussagen an klaren Begründungen. So geht beispielsweise nicht eindeutig hervor, worin die Befürchtungen des Imports türkischer Probleme in die EU liegen. Abschließend lässt sich allerdings sagen, dass im Gegensatz zu türkischen die Mehrheit der europäischen Aussagenträger es anstrebt, den politischen Dialog mit der Türkei beizubehalten.

#### 5.4.2.3 Religionsbezogene Topics

Bei differenzierter Betrachtung der insgesamt 136 erfassten Aussagen zu dieser Themengruppe ergibt sich folgendes Bild (Tab. 12):

Den größten Anteil stellt dabei das Topic „*Kultur/Islam*“ mit 44,9% dar. Die zweite Stelle nimmt das Topic „*EU als Christenclub*“ mit 29,4% ein. Schließlich folgen die weiteren Topics „*Religion als Hindernis*“ mit 13,2% und „*Sonstiges*“ mit 12,5%.

**Tabelle 12: Verteilung der erfassten Aussagen nach religionsbezogenen Topics**

	Topics	Anzahl Nennungen (abs.)	Anteil Nennungen (%)	T	E
1.	Kultur/Islam	61	44,9%	48%	52%
2.	EU als Christen-Club	40	29,4%	40%	60%
3.	Religion als Hindernis	18	13,2%	78%	22%
4.	Sonstiges	17	12,5%	82%	18%
	<b>Summe</b>	<b>136</b>	<b>100,0%</b>	<b>54%</b>	<b>46%</b>

<sup>233</sup> „Cook Standartları“ (Cook-Standards), in: Hürriyet vom 06.01.1998; „Dargınlığı bırakın“ (Hört auf zu schmolten), in: Milliyet vom 07.05.1998; „AB ile yeni dönem“ (Eine neue Phase mit der EU), in: Radikal vom 06.11.1998.

Die Verteilung der Aussageträger im Rahmen der Themengruppe zeigt ein eher ausgeglichenes Verhältnis, wobei bei der Zuordnung auf einzelne Topics unterschiedliche Schwerpunkte hervortreten<sup>234</sup>.

Bei näherer Analyse zeigt sich, dass unter dem Topic „**Kultur/Islam**“ die Aussagen, die von vorhandenen kulturellen Unterschieden ausgehen, mit 34,4% (T: 33,3%, E: 66,7%) die größte Gruppe darstellen. Weitere 32,8% der Aussagen (T: 60%, E: 40%) beziehen sich auf die muslimische Ausprägung der Türkei, ohne dass konkrete Vorbehalte diesbezüglich erkennbar sind. Andererseits wird in 11,5% der Fälle angedeutet (T: 28,6%, E: 71,4%), die Türkei gehöre einem anderen Kulturkreis an. Damit einhergehend weisen 13,1% der Aussagen (T: 75%, E: 25%) auf die Gefahr hin, die EU würde durch ihre Haltung neue religiöse Grenzen ziehen. In Verbindung dazu wird unterstrichen, dass zu gegebener Zeit „*die Religion und die Kultur auch keine Probleme bei der Aufnahme in die NATO sowie in den Europarat*“<sup>235</sup> darstellten.

Eher positiv geprägt sind die Aussagen der Akteure, die davon überzeugt sind, dass die Türkei die kulturelle Vielfalt der EU erweitern werde. Allerdings stellen sie mit einem Anteil von 8,2% (T: 40%, E: 60%) das kleinste Topic innerhalb dieser Themengruppe dar. „*Religiöse Grenzen dürfen in der EU nicht gezogen werden. Europa ist erst durch die religiöse Vielfalt reicher geworden*“<sup>236</sup>.

Das Topic „**EU als Christenclub**“ zeigt abermals die divergierenden Standpunkte der europäischen und türkischen Akteure. Den größten Anteil mit 52,5% besitzen die Aussagen (T: 71,4%, E: 28,6%), in denen die EU als Christenclub deklariert werden. Mit mehr als einem Viertel nehmen europäische Aussageträger in diesem Fall eine wichtige Rolle ein.

Die Definition der EU als Wertegemeinschaft wird in den restlichen 47,5% der Aussagen zum Ausdruck gebracht. In diesem Fall ist ebenso eine ähnliche Streuung der Aussageträger, allerdings in einer umgekehrten Reihenfolge (T: 15,8%, E: 74,2%), erkennbar.

---

<sup>234</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 30-33 im Anhang.

<sup>235</sup> „AB ve Kürt Sorunu“ (Die EU und das Kurdenproblem), in: Milliyet vom 25.05.1999.

<sup>236</sup> „Avrupa’da dini sınır aptallıktır“ (Religiöse Grenzen in Europa sind Dummheit), zit. nach R. Scharping, Fraktionsvorsitzender der SPD, in: Hürriyet vom 26.12.1997.

Mit einer klaren Mehrheit von 77,8% der Aussagen (T: 92,9%, E: 7,1%) wird der eigentliche Ablehnungsgrund einer Beitrittskandidatur der Türkei in dem Topic **„Religion als Hindernis“** gesehen. Die Gegenposition ist mit 22,2% vertreten (T: 25%, E: 75%), die einen solchen Grund als nicht gegeben ansieht. *„Was würde passieren, wenn in der Türkei 100.000 Menschen zum Christentum konvertieren würden? Wäre die Türkei auch so tolerant?“*<sup>237</sup>.

Bei der Aussagenunterscheidung unter dem Topic **„Sonstiges“** dominiert der Hinweis mit 58,8%, dass eine Abweisung der Türkei aus religiösen Gründen ausschließlich den türkischen EU-Gegner nutzen werde. Bezeichnend für diese Aussage ist die Verteilung der Aussagen auf die Akteure (T: 70%, E: 30%).

Die Aussagen, in denen die EU als „nationalistisch“ bezeichnet wird, stellt die zweite und mit 41,2% eine verhältnismäßig kleinere Gruppe zu diesem Topic dar, wobei erneut eine klare Verteilung der Aussageträger (T: 100%) auffällt.

Die **Ergebnisse** zeigen, dass das sensible Thema **„Religion/Kultur“** klar in zwei Fronten aufgeteilt ist. Ein Indiz für die Polarisierung sind erkennbare Analogien in der Verteilung der Aussageträger. Aufgrund der Tatsache, dass religiöse Eigenschaften nicht als Aufnahmekriterium festgeschrieben sind, lassen sie stark voneinander abweichende Interpretationen und Präferenzen der Aussageträger zu. Zwar weisen die Ergebnisse auf die von den anderen europäischen Ländern abweichende religiös-kulturelle Ausprägung der Türkei hin, allerdings ist im Untersuchungszeitraum, insbesondere aus den Aussagen der europäischen Akteure, kein eindeutiger Einfluss der Religion auf die Ablehnung der Türkei als offizieller EU-Beitrittskandidat erkennbar. Vielmehr hat sich der Stellenwert dieses Themas in den letzten Jahren verändert. Die muslimische Ausprägung und der laizistische Charakter der Türkei stellen heute eine andere Problematik (für die EU) dar. Auch wenn dieses Thema im Untersuchungszeitraum keine gewichtige Rolle gespielt zu haben scheint, ist es heute, durch einen eindeutig erkennbaren Wandel, mitunter in den Mittelpunkt der EU-Türkei Beziehungen gerückt. Die Fähigkeit des Islam mit dem europäischen Rechtsverständnis und

---

<sup>237</sup> „Avrupa heyecanı öldü“ (Die Hoffnung auf Europa ist gestorben), in: Milliyet vom 17.02.1998.

seine Kompatibilität mit europäischen Werten stellen auf Seiten der EU gegenwärtig die herausragenden Fragestellungen dar. Dabei sind auch eine gewisse Zurückhaltung und Distanzierung auf europäischer Seite zu beobachten, die zu Fehlinterpretationen führen können.

#### 5.4.2.4 Wirtschaftliche Topics

Bei der Auswertung der Topics zur Themengruppe „*Wirtschaft*“ stellen Aussagen zu den „*Stärken und Schwächen der türkischen Wirtschaft*“ mit 37,4% die größte Gruppe dar (Tab. 13). Gefolgt wird dieses Topic von Aussagen zu den „*EU-Finanzhilfen*“ mit 19,5% und von Aussagen zu der weiteren „*wirtschaftlichen Zusammenarbeit*“ zwischen der Türkei und EU mit 17,5%, die beide im Rahmen dieser Themengruppe ebenfalls ein besonderes Gewicht besitzen.

In der viertgrößten Gruppe schlagen sich mit einem Anteil von 12,3% Aussagen zum Topic „*Zollunion*“ nieder. Ferner besitzen Aussagen zu „*wirtschaftlichen Reformen*“ in der Türkei mit 10,3% einen nicht zu vernachlässigenden Anteil. Kaum eine Rolle spielen mit einem Anteil von 2,9% sonstige Aussagen zu dieser Themengruppe.

**Tabelle 13: Verteilung der erfassten Aussagen nach wirtschaftlichen Topics**

	Topics	Anzahl Nennungen (abs.)	Anteil Nennungen (%)	T	E
1.	Stärken/Schwächen der türkischen Wirtschaft	162	37,4%	52%	48%
2.	Zollunion	55	12,3%	76%	24%
3.	Wirtschaftliche Zusammenarbeit	78	17,5%	63%	37%
4.	Finanzhilfen	87	19,5%	44%	56%
5.	Wirtschaftliche Reformen	46	10,3%	63%	37%
6.	Sonstiges	18	2,9%	62%	38%
	<b>Summe</b>	<b>446</b>	<b>100,0%</b>	<b>57%</b>	<b>43%</b>

Die Aufschlüsselung der einzelnen Topics zeigt<sup>238</sup>, dass unter „*Stärken/Schwächen der türkischen Wirtschaft*“ zwei konträren Aussagen der größte Anteil mit mehr als 25% zuzurechnen ist. Zum einen werden in 14,4% der Aussagen (T: 70,8%, E: 29,2%) die Funktionsfähigkeit der türkischen Wirtschaft und die Türkei als Wirtschaftskraft in der Region hervorgehoben. Zum anderen wird, ohne eine weitere Spezifizierung durchzuführen, mit einem Anteil von 13,8% (T: 30,4%, E: 69,6%) auf

<sup>238</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 34-39 im Anhang.

eine nicht existente „freie Marktwirtschaft“ sowie auf die Schwächen und Probleme im Allgemeinen hingewiesen.

Im Einzelnen werden die hohe Inflation in der Türkei mit 11,4% (T: 36,8%, E: 63,2%) und der ineffiziente Staatsapparat sowie das dadurch bedingte hohe türkische Budgetdefizit mit 10,2% der Aussagen (T: 41,2%, E: 58,8%) als die größten Probleme angesprochen. Unmittelbar folgt das Problem des hohen Außenhandelsdefizits mit 9,6% der Aussagen (T: 93,8%, E: 6,2%), wobei an dieser Stelle die Mehrheit der türkischen Akteure diesen Umstand auf die Folgen der Zollunion zurückführen. Eine unmittelbar mit dem uneffizienten Staatsapparat zusammenhängende Aussage stellt die Privatisierung staatlicher Unternehmen dar. Auf die Notwendigkeit verweisen die Akteure in 7,8% ihrer Aussagen (T: 61,5%, E: 38,5%). Das türkische Bankensystem hingegen wird mit einem Anteil von 6% (T: 40%, E: 60%) als sehr labil und anfällig eingestuft.

Eine im Gesamtvergleich geringe aber ähnliche Anzahl der Nennungen im Rahmen dieses Topics zu den Stärken und Schwächen der türkischen Wirtschaft entfällt dabei auf die Aussagen mit jeweils 4,8%, dass die Türkei sowohl eine große wirtschaftliche Last für die EU darstelle (T: 12,5, E: 87,5%), als auch eine hohe Arbeitslosigkeit vorzuweisen habe (T: 37,5%, E: 62,5%). Im Vergleich zur gegenwärtig geführten Diskussion über die Herausforderungen der EU-Osterweiterung und möglicher Risiken einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei spielen diese beiden Themen, ähnlich den religionsbezogenen Topics, im Untersuchungszeitraum keine entscheidende Rolle. Demnach hat sich im Vergleich des Untersuchungszeitraums mit den heute geführten Diskussionen, beispielsweise in Bezug auf die Befürchtungen hoher Kosten einer türkischen EU-Vollmitgliedschaft und möglicher Migrationswellen aus der Türkei in die EU, ebenfalls ein Wandel des Stellenwertes dieser Themen vollzogen.<sup>239</sup>

Eine verhältnismäßig ausgeglichene Häufigkeit weisen die Aussagen vor, die Einschätzungen zur hohen türkischen Verschuldung und dem hohen türkischen Haushaltsdefizit mit je einem Anteil von 4,2% (T: 57,1%, E: 42,9%) beinhalten. Das geringe Pro-Kopf-Einkommen in der Türkei stellt mit einem Anteil von 3% an den er-

---

<sup>239</sup> Die Herausforderungen der EU-Osterweiterungen für die EU und der Einfluss auf die Position der Türkei im Erweiterungsprozess werden im Kapitel 8 separat behandelt.

fassten Aussagen (T: 40%, E: 60%) das letzte und konkret zuordenbare Problem der türkischen Wirtschaft dar.

Am Schluss der Skala finden sich unter diesem Topic Aussagen zur Wirtschaftsstärke anderer EU-Bewerberstaaten und Aussagen zur wirtschaftlichen Integration der Türkei in die EU. Dabei wird in 3% der Aussagen (T: 80%, E: 20%) davon ausgegangen, dass die Türkei eine stärkere Wirtschaftskraft als andere Anwärterstaaten habe und näher an den EU-Standards sei. Die Aussage, dass die wirtschaftliche Integration der Türkei in die EU weitestgehend abgeschlossen sei, rangiert dabei mit 1,2% (T: 50%, E: 50%) auf dem letzten Platz.

Unter dem Topic „*Finanzhilfen*“ nimmt die Freigabe der Finanzhilfen durch die EU und speziell durch Griechenland die wichtigste Rolle ein. In den erfassten Aussagen wird als eines der angeblichen Gründe für ein griechisches Veto hervorgebracht, dass die Türkei diese Finanzhilfen für eine mögliche militärische Aufrüstung nutzen könnte.<sup>240</sup>

Sowohl mit einem Anteil von 44,8% an den Aussagen (T: 28,2%, E: 71,2%) innerhalb des Topics als auch mit einem Anteil von 8,7% an den Gesamtaussagen zu dieser Themengruppe stellt sie im Einzelnen einen Spitzenwert. Die Gegenposition, nämlich die Blockade der Finanzhilfen, ist mit einem Anteil von 37,9% (T: 75,8%, E: 24,2%) Thema der zweitgrößten Aussagegruppe. Gegenstand der restlichen und kleinsten Aussagegruppe mit 17,2% (T: 13,3%, E: 86,7%) sind die Versuche, das griechische Veto zu umgehen und Wege für eine Auszahlung der Finanzhilfen an die Türkei zu finden. „*Wir müssen eine Formel zur Verbesserung der EU-Türkei Beziehungen finden. Die Umgehung des griechischen Vetos könnte durch eine Zwischenlösung gelöst werden, in dem die Türkei Zahlungen aus verschiedenen EU-Fonds erhält*“<sup>241</sup>. Diese so genannte „*By-Pass*“ Lösung führte zu heftigen Widerständen Griechenlands „*Die Türkei kann nicht zum einen als Beitrittskandidat gehandelt werden*

---

<sup>240</sup> Dieser Vorwand wurde insbesondere durch Griechenland ausgesprochen. „AB günah çıkartıyor“ (Die EU beichtet), in: Milliyet vom 05.03.1998. Dieser Grund wird insbesondere

<sup>241</sup> „Yunanistan yalnız kaldı“ (Griechenland steht nun alleine da), zit. nach T. Blair, Premierminister Großbritanniens, in: Hürriyet vom 16.06.1998.

und zum anderen Gelder aus dem Fonds für Entwicklungsländer erhalten“<sup>242</sup>. Letztendlich wurden sowohl eine derartige Lösung als auch die Auszahlung von regulären Finanzhilfen vom Europäischen Parlament abgelehnt.<sup>243</sup>

Paradoxerweise nehmen gegensätzliche Positionen mit identischen Anteilen an den erfassten Aussagen die ersten Plätze unter dem Topic „**Wirtschaftliche Zusammenarbeit**“ ein. Die Türkei wird als ein wirtschaftlich wichtiger Partner in 17,9% der Aussagen (T: 35,7%, E: 64,3%) genannt. Mit deckungsgleichem Anteil, allerdings unterschiedlicher Verteilung bei den Aussageträgern (T: 78,6%, E: 21,4%), wird demgegenüber betont, dass die Türkei Wege und Optionen für neue wirtschaftliche Kooperationen finden solle. In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Türkei kurzfristig neue Wirtschaftsabkommen mit Russland und mit China abgeschlossen hat.<sup>244</sup>

Auf der anderen Seite wird dem hingegen in 16,7% der Aussagen (T: 30,8%, E: 69,2%) die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Türkei und der EU angesprochen. „*Besonders Deutschland unterstützt die EU-Beitrittsabsichten der Türkei. Zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme in der Türkei müssen die wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie Kooperationen von Firmen ausgeweitet werden*“<sup>245</sup>.

Der Meinung, dass generell nur ein wirtschaftlicher Dialog mit der EU weitergeführt werden sollte, sind 10,3% der Aussagen (T: 75%, E: 25%) zuzuordnen. Relevant ist in diesem Zusammenhang, dass in 12,8% der Aussagen (T: 90%, E: 10%) eine Überprüfung der wirtschaftlichen Beziehungen und mögliche Einschränkungen in Erwägung gezogen wurden.

---

<sup>242</sup> „AB, Atina’yı çılgına çevirdi“ (Die EU bringt Griechenland zum Verzweifeln), zit. nach *D. Repas*, Regierungssprecher Griechenlands, in: *Milliyet* vom 23.10.1998.

<sup>243</sup> „Avrupa’dan mali yardıma yine red“ (Finanzhilfen wurden durch Europa erneut abgelehnt), in: *Dünya* vom 18.12.1998.

<sup>244</sup> „Hükümette AB anlaşmazlığı“ (Differenzen innerhalb der Regierung in Bezug auf die EU), in: *Cumhuriyet* vom 19.12.1997; „AB Türkiye’den ürktüyor“ (Die EU hat Angst vor der Türkei), in: *Takvim* vom 31.05.1998.

<sup>245</sup> „Almanya’dan AB desteği - Almanların gözü Akkuyu’da“ (EU-Unterstützung aus Deutschland - Die Deutschen wollen Akkuyu), zit. nach *O. Henkel*, BDI Präsident, in: *Cumhuriyet* vom 17.07.1998.

Zusätzlich sind konkrete Aussagen zu geplanten oder durchgeführten Wirtschaftsembargos und –boycotts erfasst. „Bei den geplanten Ausschreibungen meines Ministeriums werden europäische Firmen nicht berücksichtigt werden“<sup>246</sup>. Zudem entschied das türkische Energieministerium, die eingereichten Angebote für den Bau von Atomkraftwerken erneut zu überprüfen. „Die Bewertung der Angebote werden aufgrund der neuen Rahmenbedingungen erneut durchgeführt werden“<sup>247</sup>.

Den Restriktionen auf türkischer Seite konnten 10,3% der Aussagen (T: 100%) und den auf europäischer Seite 7,7% der Aussagen (T: 50%, E: 50%) zugeordnet werden. So wurde beispielsweise der Import von türkischen Fischen und Meeresfrüchten in die EU gestoppt.<sup>248</sup> Kurze Zeit später wurden zum Schutz europäischer Produzenten die niedrigen Zölle für landwirtschaftliche Produkte wie Wassermelonen, Nüsse und Tomaten durch die EU eingeschränkt.<sup>249</sup>

Unter dem drittgrößten Topic „**Zollunion**“ lassen sich 21,8% der Aussagen (T: 83,3%, E: 16,7%) nicht spezifizieren, sondern sind ohne Wertung diesem Topic zugeordnet worden. Der größte Anteil an Aussagen mit 41,8% beinhaltet die Meinung, dass die aus der Zollunion resultierenden Verpflichtungen durch die EU nicht erfüllt werden. „Die Türkei wird durch die EU als Kolonie betrachtet und die Zollunion ist der rechtliche Rahmen dazu“<sup>250</sup>. Diese Aussage zeichnet sich dadurch aus, dass ausschließlich türkische Akteure diese Meinung vertreten.

Als direktes Gegenargument wird nur in 3,6% der Aussagen und ausschließlich durch europäische Aussageträger die Meinung vertreten, die Türkei komme ihren Verpflichtungen aus der Zollunion nicht nach. Trotz dieser gegensätzlichen Aussagen, die bezeichnend für dieses Topic sind, wird in 32,7% der Aussagen (T: 50%, E: 50%) die Meinung geäußert, die Zollunion müsse vertieft, ausgeweitet und weitergeführt

---

<sup>246</sup> „Ambargo tehdidi yankılandı“ (Die Androhung eines Embargos), zit. nach R. Serdaroğlu, Staatsminister der Republik Türkei, in: Yeni Yüzyıl vom 19.12.1997.

<sup>247</sup> „Enerjide 1 Katrilyonluk Set“ (Ein Milliardenenspiel in der Energiebranche), zit. nach C. Ersümer, Energieminister der Republik Türkei, in: Yeni Yüzyıl vom 18.12.1997.

<sup>248</sup> „Balık sorunu“ (Das Fischereiproblem), in Cumhuriyet vom 30.05.1998; „Balık hali hijyen değil“ (Die Fische sind in einem unhygienischen Zustand), in Milliyet vom 29.05.1998.

<sup>249</sup> „Tarife dışı engelleniyoruz“ (Wir werden außertariflich behindert), in: Cumhuriyet vom 15.07.1998.

<sup>250</sup> „TBMM Başkanı Sayın Hikmet Çetin’e saygıyla sunulur“ (Mit freundlichen Grüßen an den Parlamentspräsidenten Herrn Hikmet Çetin), in: Cumhuriyet vom 30.12.1997.

werden. „Die Zollunion ist der richtige Schritt zur EU-Vollmitgliedschaft gewesen“<sup>251</sup>.

Das Topic „**Wirtschaftliche Reformen**“ beinhaltet ähnlich dem Topic „politische Reformen“ unter Kapitel 5.4.2.1 die Aussage, dass durchgeführte wirtschaftliche Reformen in der Türkei ungenügend seien und weitere folgen müssten. Im Gegensatz zur Akteursverteilung bei den politischen Reformen zeigt die an dieser Stelle durchgeführte Zuordnung (T: 63%, E: 37%), dass überwiegend türkische Akteure eine Fortführung und Ausdehnung der wirtschaftlichen Reformen wünschen.

Unter dem Topic „**Sonstiges**“ wird lediglich die Meinung geäußert, dass eine EU-Beitrittskandidatur (und mögliche Vollmitgliedschaft) der Türkei, sowohl die Anzahl als auch das Volumen ausländischer Investitionen erhöhen würde. Auf dieses Topic entfallen insgesamt 2,9% der Aussagen (T: 61,5%, E: 38,5%).

**Zusammenfassend** bleibt festzuhalten, dass die in dieser Themengruppe erfassten Aussagen keine eindeutige Befürwortung oder Ablehnung einer möglichen EU-Beitrittskandidatur der Türkei erkennen lassen. Vielmehr kann für den Untersuchungszeitraum anhand der Anzahl der Aussagen, die erfasst und diesem Thema zugeordnet wurden, dahingehend Rückschlüsse gezogen werden, dass das wirtschaftliche Kriterium der Kopenhagener Kriterien im Fall der Türkei keine entscheidende Rolle gespielt hat. Nur ansatzweise sind die aus der derzeitigen Diskussion über den Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hervorgehenden und für die EU vermeintlich wichtigen Themen, wie Arbeitslosigkeit, Einkommensniveau oder die Befürchtungen europäischer Akteure bezüglich der wirtschaftlichen Last eines türkischen Beitritts, erkennbar.

Vielmehr wird aus den Aussagen deutlich, dass die Einfrierung europäischer Finanzhilfen nicht mehr als besonders wirksames Druckmittel gegen die Türkei genutzt werden konnte. Auf Basis der Aussagen für den Untersuchungszeitraum ist eine

---

<sup>251</sup> „Türkiye’siz Avrupa olmaz“ (Kein Europa ohne die Türkei), zit. nach *J. M. Aznar*, Ministerpräsident Spaniens, in: *Hürriyet* vom 03.03.1998.

breite Zustimmung europäischer Akteure feststellbar, die zurückgehaltenen Finanzhilfen für die Türkei freizugeben.

Durch die Ergebnisse lässt sich für den Zeitraum 1998 bis 1999 schlussfolgern, dass die Türkei die wirtschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere die Thematik der Zollunion, als Sanktionsmittel gegenüber der EU nutzen wollte, um eine Revision der europäischen Ratsentscheidung vom EU-Rat in Luxemburg Ende 1997 herbeizuführen.

#### 5.4.2.5 Sonstige Topics

In dieser Themengruppe konnten die meisten Aussagen dem Topic **„Beitrittsverhandlungen mit Zypern“** zugeordnet werden, so dass dieses mit 41,6% dem größten Anteil entspricht (Tab. 14). Weit dahinter stellen Aussagen, die **„Optionen der Türkei zu einer EU-Vollmitgliedschaft“** beinhalten, mit 14,9% die zweitgrößte Topicgruppe dar. Mit etwas Abstand folgt das Topic **„Ausräumung türkischer Defizite“** mit einem Anteil von 11,1%. Auf etwa gleichem Niveau befinden sich die Topics **„Sonstiges“** mit 8,4%, **„Nationale Interessen der Türkei“** mit 7,4% und **„Alternativen für eine EU-Vollmitgliedschaft“** mit 7,1%. Als letzte relevante Topics rangieren die Topics **„Raketekrise auf Zypern“** mit 5,1% und **„Die Türkei wird kein Mitglied“** mit 4,4% am Schluss der Skalierung.<sup>252</sup>

**Tabelle 14: Verteilung der erfassten Aussagen nach sonstigen Topics**

	Topics	Anzahl Nennungen (abs.)	Anteil Nennungen (%)	T	E
1.	Alternativen für eine Vollmitgliedschaft der Türkei	21	7,1%	24%	76%
2.	Optionen der Türkei zur EU-Vollmitgliedschaft	44	14,9%	93%	7%
3.	Beitrittsverhandlungen mit Zypern	123	41,6%	55%	45%
4.	Nationale Interessen der Türkei	22	7,4%	86%	14%
5.	Ausräumung türkischer Defizite	33	11,1%	97%	3%
6.	Die Türkei wird kein Mitglied	13	4,4%	92%	8%
7.	Raketekrise auf Zypern	15	5,1%	67%	33%
8.	Sonstiges	25	8,4%	52%	48%
	<b>Summe</b>	<b>296</b>	<b>100,0%</b>	<b>67%</b>	<b>33%</b>

Bei differenzierter Betrachtung des Topic **„Beitrittsverhandlungen mit Zypern“** zeigt sich, dass die häufigsten Aussagen mit 40,7% (T: 70%, E: 30%) die Befürchtung beinhalten, durch den Beginn der Beitrittsverhandlungen könne keine Lösung für die problematische Lage auf der Insel gefunden werden. Darüber hinaus implizieren sie

<sup>252</sup> Für eine detaillierte Darstellung vgl. Tabellen 40-47 im Anhang.

die Verletzung internationalen Rechts durch den Beginn der Beitrittsverhandlungen. Diese Aussage stellt zugleich mit 16,9% den Spitzenwert unter der Anzahl erfasster Gesamtaussagen in dieser Themengruppe. Dabei wird fast ausschließlich von europäischen Akteuren in 15,4% der Aussagen (T: 5,3%, E: 94,7%) unterstrichen, dass die Verhandlungen mit Süd-Zypern beginnen werden. Nach 10,6% der Aussagen (T: 7,7%, E: 92,3%) solle die Türkei die Verhandlungen nicht blockieren, um so eine Lösungsfindung zu erleichtern.

Demgegenüber stehen mit einem Anteil von 13% jene Aussagen (T: 87,5%, E: 12,5%), die sich mit einer engeren Zusammenarbeit der Türkei mit Nord-Zypern und einer möglichen Anbindung dieses Teilstücks an die Türkei befassen.

Der Forderung, die überwiegend von türkischen Akteuren geäußert wird, beide Inselteile als gleichberechtigte Staaten anzuerkennen und eine Föderation auf der Insel zu unterstützen, konnten 12,2% der Aussagen (T: 86,7%, E: 13,3%) zugeordnet werden. Fast unbedeutend erscheinen dabei die Aussagen mit einem Anteil von 5,7% (T: 14,3%, E: 85,7%), die eine türkische Delegationsteilnahme an den Verhandlungen mit Zypern wünschen.

Ein besonderes Gewicht türkischer Akteure lässt sich unter dem Topic **„Optionen der Türkei zu einer EU-Vollmitgliedschaft“** erkennen. Hierbei wird in 14,9% der Aussagen (T: 93,2%, E: 6,7%) die Meinung vertreten, dass die Türkei ihre Außenpolitik überprüfen müsse, um neue Optionen zu einer EU-Vollmitgliedschaft herausarbeiten zu können. Trotz möglicher Optionen wird allerdings deutlich, dass die Türkei sich nicht von der EU abwenden kann, da *„eine Neuorientierung und Fokussierung der türkischen Außenpolitik mindestens 25 Jahre dauert“*<sup>253</sup>.

Unter dem Topic **„Ausräumung türkischer Defizite“** lässt sich ebenfalls festhalten, dass größtenteils türkische Akteure (T: 97%, E: 3%) die Meinung vertreten, dass durchgeführte Reformen nicht aufgrund von EU-Forderungen, sondern vielmehr durch Eigeninitiative durchgeführt werden und dazu dienen sollen, durch eine Opti-

---

<sup>253</sup> „Türkiye Avrupa’dan vazgeçemez“ (Die Türkei kann sich nicht von der EU abwenden), in: Sabah vom 18.12.1997.

mierung der eigenen sozioökonomischen Rahmenbedingungen den Lebensstandard der türkischen Bevölkerungen zu verbessern.

Bei Aufschlüsselung des Topic „*Sonstiges*“ konnten die meisten Aussagen zum Souveränitätsverzicht der Türkei im Falle einer EU-Mitgliedschaft und zu einer möglichen Blockade der NATO-Osterweiterung durch die Türkei zugeordnet werden. 36% der Aussagenträger (T: 33,3%, E: 67,7%) vertreten die Meinung, dass die Türkei im Falle einer EU-Mitgliedschaft nicht auf ihre uneingeschränkte Souveränität verzichten können. Die mögliche Blockade der NATO-Osterweiterung mit 32% der Aussagen (T: 75%, E: 25%) wird von den Akteuren als potenzielle Sanktionsmaßnahme der Türkei gegenüber den EU-Entscheidungen erachtet.

Eine Äußerung zur geographischen Zugehörigkeit der Türkei wird in 20% der Aussagen (T: 20%, E: 80%) getroffen. Dabei wird in allen Aussagen europäischer Akteure die Meinung vertreten, dass die Türkei geographisch nicht zu Europa gehöre. Türkische Aussagenträger hingegen unterstreichen, dass die EU dies als ein Argument für ihre ablehnende Haltung gegenüber einer türkischen EU-Mitgliedschaft vorbringe.

Die Aussage, dass die EU nur Kritik an den Rahmenbedingungen der Türkei ausübe ohne konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, ist mit einem Anteil von 8% (T: 100%) sowohl unter diesem Topic als auch innerhalb der gesamten Themengruppe genauso unbedeutend wie die Aussage, dass die Türkei einen Rückzug aus gemeinsamen Institutionen in Erwägung ziehe, die mit 4% (T: 100%) vertreten ist.

Im Rahmen des Topics „*Nationale Interessen der Türkei*“, das einen Anteil von 7,4% einnimmt, wird von türkischer Seite klar hervorgehoben (T: 86,4%, E: 13,7%), dass diese keinesfalls dem Ziel eines EU-Beitritts geopfert werden würden. Dabei wird insbesondere auf die Unteilbarkeit der Türkei und ihres Staatsgebiets Bezug genommen.

Eine Dominanz europäischer Akteure (T: 19%, E: 81%) ist unter dem Topic „*Alternativen für eine Vollmitgliedschaft der Türkei*“ zu finden. In diesem Zusammenhang wird dafür plädiert, für die Türkei anstatt einer Vollmitgliedschaft neue Möglichkeiten, wie z.B. eine privilegierte Partnerschaft oder eine weiterführende

Zollunion, herauszuarbeiten. „Für ein Land wie die Türkei muss eine Formel gefunden werden, ohne dass die Einheit und Identität Europas beschädigt wird“<sup>254</sup>. Auf der anderen Seite wird erklärt, dass die EU die Türkei hinhalte und nicht ehrlich in Bezug auf die Beitrittchancen der Türkei sei. „Die EU hat in keiner Weise vor, die Türkei als Mitglied zu akzeptieren. Allerdings wird dieser Standpunkt aufgrund der eigenen Interessen in den Beziehungen zu Ankara nicht publik gemacht“<sup>255</sup>.

Im Fokus des Topics „**Raketenkrise auf Zypern**“ steht die Stationierung von russischen S-300 Raketen im Südteil der Insel. Im Rahmen der erfassten Aussagen weisen sowohl türkische als auch europäische Akteure (T: 66,7, E: 33,3%) auf die Gefahr, dass dies zu einer weitreichenden Krise zwischen der Türkei, Griechenland, Süd-Zypern und der EU führen könne. Seitens der europäischen Akteure wird explizit auf die negativen Auswirkungen einer Krisensituation für eine türkische Beitrittskandidatur und Mitgliedschaft hingewiesen.

Abschließend wird in den Aussagen unter dem Topic „**Die Türkei wird kein Mitglied**“ betont, dass die Türkei, unabhängig der erzielten Fortschritte und der Zugeständnisse, zu keinem Zeitpunkt Mitglied der EU werden könne. Diese Aussage spiegelt zum größten Teil die Annahme türkischer Aussagenträger wider (T: 92,3%, E: 7,7%), dass die EU eine solche Beitrittsoption nicht in Erwägung ziehe und die Türkei lediglich hinhalte.

**Zusammenfassend** gilt festzuhalten, dass aufgrund einer starken Streuung der Aussagen sowie der unterschiedlichen Meinungen die Einflussnahme der im Rahmen der Themengruppe „**Sonstiges**“ erfassten Aussagen nicht eindeutig klassifiziert werden kann. Bei dem Quervergleich zu den anderen Themengruppen stellt sich allerdings heraus, dass sie im Untersuchungszeitraum eine weit wichtigere Rolle in den Beziehungen der Türkei zur EU spielt als beispielsweise religiös-kulturelle Themen. Nach Interpretation der Ergebnisse lässt sich abermals die Annahme bestätigen, dass dem

---

<sup>254</sup> „Türkiye Avrupa'nın bir parçası olmalı“ (Die Türkei muss ein Teil Europas werden), zit. nach W. Schäuble, Parteivorsitzender der CDU, in: Cumhuriyet vom 07.02.1999.

<sup>255</sup> „AB: Türkiye'yi oyalıyoruz“ (EU: Wir halten die Türkei hin), zit. nach T. Spencer, Vorsitzender des Komitees für EU-Außenbeziehungen, in: Cumhuriyet vom 12.07.1999.

Thema Zypern eine signifikante Bedeutung zukommt, an dessen wichtiger Rolle sich auch bis zum heutigen Zeitpunkt nichts verändert hat. Die Verbindung zwischen einer Lösungsfindung auf der Insel und einer EU-Vollmitgliedschaft der Türkei wurde Anfang 2004 erneut deutlich, als über die Referenden in beiden Inselteilen für einen Zusammenschluss diskutiert wurde. Auch zu diesem Zeitpunkt wurde abermals hervorgehoben, dass eine Blockadehaltung der Türkei gegen die Gründung einer „Republik Zypern“ schwerwiegende negative Folgen für ihre eigenen Ambitionen hinsichtlich eines EU-Beitritts haben könnte.

Ähnlich wie in der Themengruppe „*Wirtschaftliche Topics*“ kann ferner davon ausgegangen werden, dass die erfassten Aussagen türkischer Akteure mögliche Sanktionsmechanismen gegen die EU beinhalten. Darüber hinaus ist eine gewisse Resignation über den weiteren Verlauf der EU-Türkei Beziehungen in den Jahren 1998 und 1999 zu erkennen.

Abschließend lässt sich für den Untersuchungszeitraum sagen, dass die Vielzahl an unterschiedlichen Meinungen, insbesondere europäischer Akteure, die innereuropäischen Diskussionen über eine Zugehörigkeit der Türkei zu Europa und ihre Aussichten auf eine Vollmitgliedschaft in der EU widerspiegeln. Ein explizites Ergebnis über die zukünftige Form der Beziehungen lässt sich schwer abschätzen, es können allerdings unterschiedliche Tendenzen abgeleitet werden. Auf der einen Seite gibt es Stimmen, die eine EU-Vollmitgliedschaft der Türkei unter bestimmten Voraussetzungen für möglich halten. Auf der anderen Seite sind Meinungen vertreten, die einen türkischen EU-Beitritt als nicht wünschenswert erachten und ihn für nicht möglich halten. Die Aussagen europäischer Akteure in Bezug auf die Suche nach Alternativen für eine Vollmitgliedschaft der Türkei stellen, wenn auch nur punktuell ausgeführt und im Gesamtkontext von geringer Anzahl erfasst, hierfür den Nachweis dar.